

Bastille ohne Sturm – 1990 das letzte Jahr des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Hohenschönhausen. Ein Essay mit Fußnoten.

Tobias Voigt & Peter Erler

Der Ort, der in unserem heutigen Geschichtsgedächtnis eine so zentrale Rolle spielt, scheint von dem Ereignisstrom der Periode 1989/90 kaum berührt worden zu sein. Er wurde in dieser Zeit niemals Gegenstand zentraler Debatten in Politik und Medien. Dabei lag er nur wenige Kilometer vom Zentrum des Geschehens entfernt.

Ans Licht der Welt

Am Abend des 28. Oktober 1989 glaubten Tausende von Hörern des DDR-Rundfunks ihren Ohren nicht zu trauen. Übertragen wurde die öffentliche Lesung aus Walter Jankas Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ im renommierten Ost-Berliner Deutschen Theater. Das Haus war an diesem Samstag übervoll und die Schlange der nach einem ungewöhnlich sonnigen und warmen Herbsttag geduldig Wartenden zog sich bis zur Friedrichstraße. Den kurze Zeit zuvor im Westen unter der Mithilfe des Germanisten Michael Rohrwasser und des Schriftstellers Günter Kunert veröffentlichten Text des Altkommunisten las – mit der behutsamen und doch fesselnden Eindringlichkeit, für die er später bekannt werden würde – der Schauspieler Ullrich Mühe.¹ Walter Janka war als Leiter des Aufbau-Verlages 1956 wegen angeblicher Verschwörung verhaftet und in einem Schauprozess zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Wirkung seines Berichtes war zutiefst erschütternd und kam einer Initialzündung für die öffentliche Thematisierung der von parteiideologischer Propaganda verkleisterten Vergangenheit gleich. Seine Beschreibungen legten einen Fokus auf das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und benannten einem weitgehend ahnungslosen DDR-Publikum erstmals Hohenschönhausen als Ort perfidester Repression. Sie entlarvten den amtierenden Minister für Staatssicherheit als einen in seinem sinistren Reich skrupellos und brutal agierenden Stalinisten und sie benannten hochverehrte Vertreter der kulturellen Elite der DDR als feige-opportunistische Mitläufer einer schonungslosen Diktatur. Die bewegenden Erinnerungen des einstigen Hohenschönhausen- und späteren Bautzen-Häftlings führten auch deshalb zu einem ungeheuren Vertrauensverlust der SED, da hier glaubhaft ein alter, aufrechter Kommunist sein Schweigen gebrochen hatte und öffentlich Anklage erhob.

Kein Monat sollte vergehen, bis Erich Mielke selbst einen vollkommen anderen Eindruck von sich bot, als er am 13. November 1989 seine, von scheinbarer Senilität geprägte, einzige je frei gehaltene Rede vor der Volkskammer stammelte und dafür überlautes Gelächter der plötzlich mutig gewordenen Einheitslisten-Abgeordneten erntete. Zum blanken Entsetzen seiner Untergebenen löste ihr Chef das Ministerium der Furcht binnen weniger Minuten in einem Meer von Lächerlichkeit auf. Die Opfer dagegen mussten sich durch Mielkes verbale Umarmungen regelrecht verhöhnt fühlen. Die Lesung von Jankas Text war ein Fanal für die friedliche Revolution. So steht es heute im Gefängniskeller der Gedenkstätte Hohenschönhausen auf der Tafel mit der biografischen Skizze zu Walter Janka. Im Oktober 1989 wurde Hohenschönhausen öffentlich zu einem Synonym für das SED-Regime – aber eben nur eines. In diesen Tagen galt es nicht, ein einzelnes Gefängnis zu stürmen, sondern ein ganzes System zu stürzen.

¹ Karl Sand: Demokratie jetzt oder nie – Zur Rolle der Theater während der Friedlichen Revolution von 1989 am Beispiel des Deutschen Theaters Berlin, in: Berliner Archivschau 2/1919, S. 7.

Freiheit ist mehr, als aus dem Gefängnis entlassen zu werden – und was ist der Sturm auf die Bastille gegen den Sturz des Throns?

Insel der Verdammten

Die Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen war wie die Bastille ein Staatsgefängnis, ebenso mit unterirdischen Kerkern und ebenso mit bekannt-berühmten Häftlingen, von denen einige nach langer Haft über ihre Erlebnisse und detailliert über die Haftbedingungen berichteten. Die Kunde über das Leiden in der Bastille war von Frankreich auch ins deutsche Ausland gedrungen, wo das Gefängnis als „Hölle der Lebendigen“ bekannt wurde.² In der Bastille herrschten die miserabelsten Zustände in den Kellerverliesen. Wer hier eingesperrt wurde, der war von der Außenwelt vollkommen abgeschlossen und hatte keinerlei Möglichkeiten, sich zu verteidigen.

Seit 1951 missbrauchte das Ministerium für Staatssicherheit im Berliner Osten ein ganzes Stadtgebiet für seine Zwecke. Im Zentrum dieses Areals lag das von der sowjetischen Geheimpolizei MGB geerbte Gefängnis verborgen. In der Hand des MfS mutierte es in den folgenden drei Jahrzehnten zum Kern eines Repressionsimperiums. Immer perfekter, ausgeklügelter und unkenntlicher lag es da – ein weißer Fleck auf dem Ost-Berliner Stadtplan, als stillgelegtes Industriegebiet getarnt. Ein Schicksalsort für Tausende, den 1989 selbst das Schicksal ereilte, weil sich die ihn umgebende Ordnung zusammenbrach. Dabei tat dieser Ort auch dann immer noch das, was er immer getan hatte. Er funktionierte. Allein 1989 gab es in das Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen 444 Einlieferungen. Fast 260 davon waren Menschen, die in der ČSSR, in Ungarn und Bulgarien bei Fluchtversuchen verhaftet worden waren. In die DDR zurück transportiert, wurden sie direkt nach Hohenschönhausen verbracht, dahin, wo die SED sie haben wollte – namenlos, unbekannt und ungewusst weggesperrt, wie so viele vor ihnen. Es war der untaugliche Versuch der SED-Parteiführung, mit Hilfe ihrer MfS-Häscher die in Scharen weglaufernden Landeskinder einzufangen. Diese nicht abreißende Fluchtbewegung leitete das schnelle Ende des SED-Regimes ein. Am 17. Oktober 1989 wurde Erich Honecker von seinen eigenen Genossen zum Rücktritt genötigt. Egon Krenz als sein nicht minder unbeliebter Nachfolger versuchte nun zu retten, was irgendwie zu retten war. Nicht nur im ganzen Land gärte es, auch in den Gefängnissen häuften sich die Proteste.³ Während die Partei-Regierung den Botschaftsflüchtlings freies Geleit und Straffreiheit zusicherte, saßen in den DDR-Haftanstalten nach wie vor an die 2 000 Menschen wegen sogenannter „Republikfluchtdelikte“ ein. Um diese absurde Situation zu beenden, beschloss der Staatsrat unter seinem Wendevorsitzenden Krenz am 27. Oktober 1989 eine unverzüglich zu vollziehende Amnestie. Eine Aufhebung des Straftatbestandes bedeutete das zwar nicht. Doch das interessierte in dieser Situation niemanden, da Reisen in die ČSSR mit ihrer offenen Westgrenze und mithin die Flucht aus der DDR fortan wieder möglich waren. Während der Ausreisestrom nicht abbriss, dilettierte die Regierung an einem neuen Reisegesetz, um drei Tage nach der Demonstration vom 4. November 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz zurückzutreten. Einen Tag später folgte das SED-Politbüro. Ein weiterer Tag verging und die Mauer fiel. All dies füllt heute Geschichtsbücher.

² https://books.google.de/books/about/Die_so_genannte_H%C3%B6lle_der_Lebendigen_da.html?id=UMm2XwAACAAJ&redir_esc=y.

³ Birger Dölling: Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung. Kriminalpolitik und Gefangenprotest im letzten Jahr der DDR, Berlin 2009.

Ignoranz gegenüber der politischen Entwicklung – Wendehälse in Berlin-Hohenschönhausen

Was geschah damals an dem Ort, wo der große weiße Fleck auf dem Stadtplan war? Horst Henning, wegen Mordes in Haft und in Hohenschönhausen seit fast zehn Jahren als Tischler im Strafgefangenenarbeitskommando tätig, verschlief den 9. November schlichtweg. Seine mittlerweile fast liebgewonnene Haftroutine hatte ihn an diesem wie an jedem Abend lange vor den anderen Strafgefangenen des Handwerkerhofs zu Bett gehen lassen. Morgens stand er auf, wie immer vor allen anderen, um in Ruhe und ohne die Gesellschaft der immer Gleichen zu frühstücken und dann allein in seiner Tischlerei ans Tagwerk zu gehen. Erst am Nachmittag hörte er die aufgeregt erzählten Berichte seiner Mithäftlinge. Henning blieb ruhig. Was sollte einen Mann mit seinem Strafmaß diese ganze Euphorie auch kümmern? Er würde hier nicht so schnell rauskommen. Die epochalen Veränderungen jenseits der Gefängnismauer brachen hier drinnen auf kleine Münze herunter, aber immerhin, es gab sie. Ein erstes Aha-Erlebnis hatte Henning schon einige Tage vor dem 9. November, als er Besuch bekommen durfte und der obligatorisch dabei anwesende Stasi-Erzieher zur Verwunderung des Häftlings den Generösen mimte:

„Alles genehmigt, alles genehmigt.“

Das MfS-Personal übte sich schon mal in guter Miene, was nicht allen gelang. So erinnerte sich Helmut Henning auch an einen frischgebackenen Stasi-Hauptmann, der nach dem Mauerfall auf einmal schlohweiße Haare bekam: *„Und so alt war der noch gar nicht. Den muss das furchtbar mitgenommen haben.“* Solche Sorgen waren durchaus berechtigt. Aufgrund des öffentlichen Drucks verkündete der neue Ministerpräsident Hans Modrow in seiner ersten Regierungserklärung vor der Volkskammer am 17. November 1989 die Umbildung des MfS zu einem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). Viele empfanden das als reinen Etikettenschwindel und fürchteten völlig zu Recht eine ungehinderte Vernichtung von Beweismaterial. Aus Empörung besetzten mutige Bürger ab Anfang Dezember mehrere Bezirks- und Kreisämter des MfS/AfNS.⁴

Und in Hohenschönhausen? Auch hier stieg in dieser Zeit permanent Rauch auf. Hinter dem Holzlager des Handwerkerhofes verbrannten Wachleute Tag und Nacht Dokumente.⁵

Berufs- oder Überzeugungsoptimisten oder auch nur große Ignoranten unter den MfS-Kadern sahen für sich dennoch berufliche Perspektiven. Dienstefrig wie je ließ der Chef der Abteilung Untersuchungshaftvollzug Siegfried Rataizick einen „Vorschlag zur Neustrukturierung der Linie XIV“ erarbeiten. Am 25. November lag das Papier vor, das sich für den Verbleib Hohenschönhausens als zentrale Untersuchungshaftanstalt im neuen Amt aussprach. Ebenso sollte das Haftkrankenhaus weiter betrieben werden. Trennen wollte sich Rataizick lediglich von einigen regionalen U-Hafthäusern, wie dem in der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg.⁶

Andere machten sich ähnliche Hoffnungen auf eine berufliche Zukunft im gewohnten Metier. Ausgerechnet einige leitende MfS-Offiziere der in Hohenschönhausen residierenden zentralen Ermittlungsabteilung HA IX hingen in diesen Tagen der Illusion an, versierte Vernehmer ihres Schlages würden in jedem System gebraucht.⁷ Zu dieser Fehlwahrnehmung mag sie der Umstand verleitet haben, dass nach dem 18. November 1989,

4 Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar/Köln/Wien, S. 73 ff.

5 Interview Helmut Henning, Zeitzeugenarchiv Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ZZA).

6 BStU, MfS, ZA, ZAIG 13955, Blatt 87-90.

7 Roger Engelmann/Frank Joestel: Hauptabteilung IX: Untersuchung. (Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Band 27), Berlin 20016, S. 210.

als die alte Volkskammer einen zeitweiligen Ausschuss zur Überprüfung von Fällen der Korruption, persönlicher Bereicherung und Amtsmissbrauch installierte, ihnen – den „Spezialisten des MfS“ – die eilfertig zusammengeschusterten Verfahren gegen entmachtete Staats- und Parteifunktionäre auf den Schreibtisch flatterten.⁸ Im Justizapparat schickten sich gleichfalls viele bruchlos, ohne einen Schimmer des schlechten Gewissens und mit ähnlich professionellem Eifer an, die Verfehlungen jener zu „bearbeiten“, denen sie bislang in blindem Gehorsam gefolgt waren. So eine bemerkenswerte Wendigkeit zeigten in diesen Tagen, Wochen und Monaten erstaunlich zahlreiche Stützen des SED-Staates. Volkspolizisten, Staatsanwälte und Richter, allesamt handverlesene Parteikader, mutierten über Nacht zu Gralshütern der Bürgergesellschaft und werkelten eifrig an Ermittlungsverfahren gegen gestürzte Staats- und Parteifunktionäre.

Derartige Rettungsoptionen zerschlugen sich mit der durch anhaltenden Bürgerprotest erzwungenen Entscheidung der Modrow-Regierung vom 14. Dezember 1989, auch das AfNS aufzulösen. Die nun geplanten Institutionen Verfassungsschutz und Nachrichtendienst sollten kein MfS-Führungspersonal mehr übernehmen. Gleichfalls wurde beschlossen, die Bereiche Untersuchung von Straftaten (Hauptabteilung IX) und den Untersuchungshaftvollzug (Hauptabteilung XIV) an das Innenministerium zu übergeben. Seit Anfang Dezember 1989 versuchten die spontan gegründeten Bürgerkomitees, landesweit die Auflösung des Geheimpolizeiapparates zu überwachen.

Bürger ante portas

Bürgerschaftliches Engagement rückte schließlich auch das Stasi-Gefängnis ins Blickfeld lokaler Initiativen. In dieser Zeit begann der Stadtbezirk, das Terra Incognita des Sperrgebietes für sich zurückzuerobern. Am 7. Dezember 1989 beschloss die Hohenschönhausener Stadtbezirksversammlung die Bildung einer Kommission zur Überprüfung von Objekten des ehemaligen MfS, der Sportvereinigung Dynamo, von „Sonderbedarfsträgern“ sowie „überterritorialen Bedarfsträgern“. Mitte Dezember hatten sich in dieser Kommission elf Abgeordnete, Vertreter neuer Parteien und Organisationen sowie der Pfarrer Martin Hofmeister als Vertreter der evangelischen Kirche in Hohenschönhausen zusammengefunden. Erklärtes Anliegen war es, erstmals alle Objekte des MfS im Stadtbezirk zu erfassen, sie zu besichtigen und Nutzungsvorschläge zu machen. Bis Ende Januar 1990 waren 186 MfS-Objekte im Stadtbezirk ausgemacht. Sehr bald musste sich die lokale Initiative jedoch mit der Tatsache abfinden, dass die Regierungskommission zur Auflösung des MfS/AfNS ihre Hand über die meisten Liegenschaften hielt. Hier galt das Motto, „was zentral war, bleibt zentral“. Dazu zählte auch der Dienstkomplex in der Freienwalder Straße. Da bereits feststand, dass die zentrale MfS-Untersuchungshaftanstalt nun dem Innenministerium zugeschlagen werden würde, rückte für die lokalen Kommissionsmitglieder nach einer Besichtigung der Haftanstalt Ende Januar 1990 die Idee der Realisierung einer Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus in unbekannte Ferne. Für eine solche hatte der Runde Tisch Hohenschönhausens schon am 1. Dezember 1989 votiert.⁹ Auf der Grundlage von Walter Jankas Buch beantragte das Neue Forum damals, den darin beschriebenen „*Keller in Hohenschönhausen des MfS, in dem aufrechte Menschen gefügig gemacht wurden, als Mahn- und Gedenkstätte einzurichten. Oder wird er noch gebraucht?*“

8 Regina Kaiser/Uwe Karlstedt: *Zwölf heißt ‚Ich liebe Dich‘*, Köln 2003, S. 262. Ausführlich: Willi Fahnenschmidt: *DDR-Funktionäre vor Gericht. Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption im letzten Jahr der DDR und nach der Vereinigung*, Berlin 2000, S. 55 ff; Volker Klemm: *Korruption und Amtsmissbrauch in der DDR*, Stuttgart 1991.

9 Bericht der Zeitweiligen Kommission, 31. Januar 1990, Manuskript Hofmeister. Archiv Peter Erler (APE).

Außer von Walter Janka selbst gab es darauf keine Reaktionen, weder auf den sachlichen Vorschlag noch auf die provokante Frage. Das Schweigen aus Richtung des Staatsratsvorsitzenden, des Ministerrates, der Volkskammer und des Bezirksbürgermeisters – sie alle waren angeschrieben worden – kommentierten die Bürgerrechtler mit Sarkasmus: „*Keine Reaktion durch die Reaktion?*“¹⁰

Tatsächlich wusste die „Reaktion“ zu diesem Zeitpunkt nicht einmal, wie sie auf die Gegenwart reagieren sollte. Vergangenheit hatte da gerade noch gefehlt.

Als weit über einen Monat nach dem Aufruf die Besichtigung Ende Januar 1990 erfolgte, waren die engagierten Bürger schlicht erschlagen von der Komplexität des Areals und mahnten die Notwendigkeit weiterer Begehungen an. Die Fülle an Liegenschaften erschien auch deshalb als nahezu unentwirrbares Knäuel, weil die lokale Bürgerinitiative von der gleichfalls im Dezember gebildeten Stasi-Auflösungskommission der Regierung kaum Unterstützung erhalten hatte. Nach Wochen erst bekamen die Hohenschönhausener Bürger eine Liste, auf der gerade mal acht MfS-Objekte in dem Stadtbezirk aufgeführt waren. Und erst am 22. Januar 1990 gelang es, von der Regierungskommission eine vollständige Aufstellung zu erhalten und die Genehmigung, alle Stasi-Liegenschaften besichtigen zu dürfen. Zuvor musste der Runde Tisch Hohenschönhausens energischen Widerstand androhen, sollte die Auflösung ohne Beteiligung von örtlichen Volksvertretern weiterhin im Geheimen vollzogen werden.¹¹

In einem Leserbrief an die *Berliner Zeitung* hatte Pfarrer Hofmeister am zweiten Weihnachtstagsfeierabend 1989 spürbar tief bewegt die Motive der beherzten Anstrengungen beschrieben. Zu diesem Zeitpunkt hatte er den Eindruck, dass in den Stasi-Objekten unverändert weitergearbeitet wird. Er sah dieselben Leute ein und aus gehen und sprach die Sorge aus, die meisten Institutionen in Hohenschönhausen könnten von der Staatsicherheit durchsetzt sein. Von einigen Objekten, so formulierte es der Kirchenmann, gehe regelrecht Angst aus. Das gestörte Vertrauen zwischen Bevölkerung und Staat könne nur abgebaut werden, „*wenn wir wissen, was in diesen Einrichtungen geschehen ist und noch geschieht.*“ Sie sollten aufgelöst und nicht stillschweigend in die nächste Institution überführt werden. An erster Stelle aller, die Einwohner beängstigenden Objekte nannte der Geistliche das „*Staatssicherheitsgefängnis in der Freienwalder Straße*“.¹²

Aus dieser Zeit der Ungewissheit über die unheimlichen heimlichen Nachbarn stammt auch der Aufruf an die Bürger Hohenschönhausens, „*aktiv an der Entrümpelung des ‚STASISUMPFES HOHENSCHÖNHAUSEN‘ teilzunehmen. [...] Wir wollen uns von der erdrückenden Last, die unseren Ortsteil seit Jahrzehnten beherrscht, endgültig und umfassend befreien.*“

Ein unmittelbarer Zugang gelang jedoch nicht¹³; die engagierten Bürger wurden falsch informiert, hingehalten, getäuscht. Bürgerschaftliches Engagement war hier, in einem Kernbereich staatlicher Machtausübung – Wende und Wandel hin oder her – nicht erwünscht.

10 Antrag des Neuen Forums vom 1. Dezember 1989, ebd.

11 Schreiben des Runder Tische Hohenschönhausen vom 12. Januar 1990, ebd.

12 Schreiben Hofmeister vom 26. Dezember 1989, ebd.

13 Im Gegensatz dazu konnte ein Reporterteam der Sendung „Elf 99“ am 7. Dezember 1989 „einen kurzen Blick“ in das Stasi-Untersuchungsgefängnis in der Magdalenenstraße werfen, wo nur noch „eine Zelle belegt“ war. Jens Schöne: *Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin*, Berlin 2004, S. 86.

Verbieten ließ sich zwar nichts mehr, behindern schon.

Nach zähen Verhandlungen an der Toreinfahrt erhielt Ulrike Poppe als Delegierte des Zentralen Runden Tisches von der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ zusammen mit Jürgen Berger sieben Tage vor dem Weihnachtsfest 1989 Zugang zum Gefängnis. Beide wurden für anderthalb Stunden eingelassen. Statt des nach wie vor amtierenden Abteilungschefs, Siegfried Rataizick, stellte sich ihnen an diesem Sonntag ein „Genosse Heinz“ als „verantwortlicher Leiter“ vor. Dabei handelte es sich um den langjährigen 1. Stellvertreter Ratazicks, MfS-Oberst Volkmar Heinz. Geboren 1940 im Erzgebirge, war Heinz in jungen Jahren vom Bergmannsberuf zum MfS gewechselt. Seit Mai 1959 arbeitete er in der Hohenschönhausener Wachabteilung und hatte sich strebsam nach oben gedient. Zum ersten unter den Stellvertretern Ratazicks avancierte er 1987.¹⁴ Solche Details erfuhren die beiden Besucher selbstredend nicht. Berger, der als junger, wehrdienstleistender Soldat des MfS-Wachregiments 1985 seinen Dienst genau an diesem Ort absolviert hatte, bevor er hier zwei Mal und insgesamt mehr als sieben Monate inhaftiert war, erschien das Gefängnis vollkommen unverändert. Poppe und Berger wollten sehen, wo und wie die inhaftierten SED-Funktionäre Günter Mittag und Harry Tisch untergebracht waren. So erhielten sie auch Zutritt zu dem mit nur noch wenigen Gefangenen belegten Zellentrakt. Mit dem Hinweis auf die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Häftlinge wurde ihnen ein Blick durch den Türspion verwehrt. Das Personal hatte offenbar schnell umgeschaltet. Berger fiel auf, dass alle MfS/AfNS-Mitarbeiter Zivilkleidung trugen.¹⁵ In Stasi-Uniform mochte sich wohl niemand mehr zeigen. Tiefere Einblicke in die Haftanstalt wurden den beiden vom bisherigen Stasi- und nun designierten Nazi-Oberst Heinz nicht gewährt. Eingelassen zu werden bedeutete keineswegs, auch reingelassen zu werden.

Denkwürdig, wenn nicht historisch, war die Besuch dennoch. Erstmals gelangten Oppositionelle nicht als Gefangene hinter diese Mauern. Und sie dürften auch diejenigen Dissidenten gewesen sein, die hier am schnellsten wieder herauskamen.

Das Gefängnis war noch da und auch das Personal, das hier Dienst schob, war das alte. Und doch war vieles anders. Oberst Heinz ging nach der Visite wieder an seine Arbeit. Zu der gehörte in diesen Tagen die massenhafte Ausfertigung von positiven Dienstzeugnissen für das zu entlassende Wachpersonal. Noch am 19. Januar 1990 sollte Heinz seine Unterschrift auf ein solches Papier setzen. Wofür mochten Arbeitszeugnisse des Amtes für Nationale Sicherheit von Nutzen sein, in denen die stereotype Einschätzung stand, stets auf der Grundlage der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ gearbeitet zu haben?¹⁶

Kurz vor dem Besuch der beiden Bürgerrechtler war am 13. Dezember 1989 die letzte Einlieferung in das MfS/AfNS-Gefängnis erfolgt. Nur eine gute Woche später, am 22. Dezember, kam die betreffende Person schon wieder auf freien Fuß. Der Verdacht auf eine „Militärstraftat“ hatte sich für die zu diesem Zeitpunkt noch ermittelnde HA IX nicht bestätigt. Mit Ausnahme eines Mannes, der erst am 9. Januar 1990 entlassen wurde, kamen alle unter MfS-Hoheit inhaftierten Personen vor dem Weihnachtsfest 1989 frei.¹⁷

Am 9. Januar gab es die letzte Entlassung unter dem Kommando der Stasi. Das MdI übernahm am 15. Januar 1990 fünfzehn in Hohenschönhausen einsitzende Untersuchungsgefangene und die verbliebenen Häftlinge der Strafgefangenenarbeitskommandos.

14 BStU ZA MfS KS 28558/90.

15 Gespräch mit Jürgen Berger vom 7. Oktober 1999, ZZA.

16 BStU ZA MfS Abt. XIV 1163, Bl. 9 ff.

17 Ebd., Abt. XIV 16789.

Während das Gros der Inhaftierten Hohenschönhausens aufgrund der Oktoberamnestie entlassen worden war, spielte die vom Pressesprecher der DDR-Generalstaatsanwaltschaft am 6. Dezember 1989 verkündete, eilig nachgeschobene Teilamnestie, mit der 15 000 Personen freigelassen werden sollten, für das MfS-Gefängnis kaum eine Rolle. Die Entscheidung dazu war eine Reaktion auf die in allen Haftanstalten des MfS angespannte Lage. In Bautzen befanden sich die Häftlinge im Hungerstreik, forderten die Überprüfung ihrer Urteile und eine bessere Bezahlung. Unter die neue Regelung sollten keine Personen fallen, die im Verdacht der Korruption, des Amtsmissbrauchs und der Bereicherung standen und auch nicht jene, gegen die in diesem Zusammenhang bereits Ermittlungsverfahren liefen. Nach der neuen Amnestie strömten bis zum 18. Januar 14 764 Inhaftierte aus den Haftanstalten.¹⁸

Das nahm zwar erneut Druck aus den Gefängnissen, minderte jedoch nicht den Unmut der vielen Gefangenen, die nach wie vor in Haft blieben. Deren Ärger entzündete sich daran, dass Partei- und Staatsfunktionäre für viel schwerer wiegende Straftaten offensichtlich nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Dieses Problem sollte die DDR nicht mehr lösen, wodurch die Zeit bis zur Wiedervereinigung weiterhin von Protesten und Streiks in den Gefängnissen gekennzeichnet war. In Hohenschönhausen gab es all dies auch, allerdings nur in sehr abgeschwächter Form, was unzweifelhaft mit der Sonderlage und dem weiterhin bestehenden Sonderstatus dieser Einrichtung zu tun hatte.

Insel der Verdorbenen

Zum neuen Jahr meldete die *Berliner Zeitung* am 9. Januar 1990, dass gegen 30 ehemalige Spitzenfunktionäre und Amtsträger der DDR Ermittlungsverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption anhängig seien.¹⁹ Nicht alle kamen in Untersuchungshaft, so zum Beispiel Planungschef Gerhard Schürer. Nur kurzzeitig inhaftiert – wenn auch nicht in Hohenschönhausen – waren das Politbüromitglied Hermann Axen (Haftbefehl wegen Hochverrats, aufgehoben am 31. Januar 1990), der Rechtsanwalt und Freikaufunterhändler Wolfgang Vogel (ab 5. Dezember 1989 in Haft) sowie der Devisenbeschaffer im Solde des MfS, Alexander Schalck-Golodkowski (am 9. Januar 1990 aus der U-Haft entlassen). Die Generalstaatsanwaltschaft sah sich letztlich außerstande, gegen Honecker und Co. beispielsweise wegen Hochverrats vorzugehen, da der entsprechende § 96 des DDR-Strafgesetzbuches nun als rechtsstaatswidrig galt. Derartige Skrupel bei der Gesetzesauslegung waren neu. Eine solche Justiz brauchten die gestürzten SED-Führer nicht zu fürchten.

In die MfS-Untersuchungshaft spülte es damals eine Melange aus höchsten, hohen und niederen, aus zentralen und peripheren Politchargen. Die prominentesten unter ihnen waren sicher der Vorsitzende des Ministerrates Willi Stoph, Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen Günter Mittag, der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch, Verteidigungsminister Heinz Keßler²⁰, der ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda Joachim Herrmann, Gerald Götting, Vorsitzender der CDU und Präsident der Volkammer und Stasi-Chef Erich Mielke.

Aus der zweiten Reihe der Funktionäre und Staatsdiener kamen unter anderem Wolfgang Junker, Minister für Bauwesen, Kurt Kleinert, Staatssekretär, Leiter des Sekretariats des Ministerrats der DDR, Hermann Pöschel, Leiter der Abteilung Forschung und technologische Entwicklung des ZK der SED, Rudi Strobel, Leiter der Abteilung M

¹⁸ „Neues Deutschland“ vom 30. Januar 1990.

¹⁹ „Berliner Zeitung“ vom 9. Januar 1990.

²⁰ Heinz Keßler: Zur Sache und zur Person. Erinnerungen, Berlin, 2. Ergänzte Auflage 1997, S. 324 ff.

(Postkontrolle) des MfS und Günter Wolf, Leiter der Abteilung Personenschutz des MfS.²¹

Mielke war mit Beschluss des DDR-Ministerrates vom 18. November 1989 von seinem Amt entbunden worden, nachdem die Volkskammer am gleichen Tage einen Ausschuss zur Untersuchung von Vorwürfen des Amtsmissbrauchs und der Korruption installieren ließ.

In der Folge häuften sich die Strafanzeigen gegen Mielke. Der eben noch so mächtige Mann wurde ein Fall für den Staatsanwalt, der am 5. Dezember ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Schädigung der DDR-Volkswirtschaft einleitete.²² Es ging nicht um die Verbrechen Mielkes, sondern um Wohn- und Freizeitobjekte, die er für prominente DDR-Politiker habe errichten lassen.²³ Mielke konterte bereits einen Tag später mit einem medizinischen Gutachten, das ihm eine bedingte Haft- und eingeschränkte Vernehmungsfähigkeit attestierte und die Einweisung in ein Haftkrankenhaus anmahnte. Autor dieser schonenden Einschätzung war der Leiter des Zentralen Medizinischen Dienstes des MfS, Professor Dr. med. Klaus-Wolfgang Klein, den Mielke für seine Dienste in den Generalsstand erhoben hatte. Die negative Beurteilung stand im Widerspruch zu der euphorischen Diagnose, die Klein und ein Stab von Stasiärzten ihrem Dienstherrn bislang nach jedem der alljährlichen dreitägigen Gesundheitschecks verkündet hatten. „Genosse Minister, Sie sind voll dienstfähig“ – so lautete stets die frohe Botschaft für den betagten Stasi-Chef. Am Nikolaustag des Jahres 1989 konstatierte der MfS-Chefarzt nun ernste Erkrankungszeichen, die in Mielkes „gewohntem Arbeitsmilieu kompensiert“ worden seien.²⁴ Das Stasi-Ministerium muss auf den Minister demnach wie ein Jungbrunnen gewirkt haben. Milieu futsch – Minister krank; auf diese flapsige Formel ließe sich die Diagnose bringen. Wie sich eine „Alterung von Gefäßen“ und daraus resultierende Durchblutungsstörungen kompensieren lassen, dürfte ein medizinisches Rätsel bleiben. Klein behauptete allen Ernstes: *„Durch den Wechsel des Milieus und die verschiedenen psychischen Belastungen ist es zu einer Dekompensation der durch die Alterungsvorgänge an den Gefäßen bedingten Durchblutungsstörungen gekommen, was sich in zeitweiliger Verwirrtheit widerspiegelt.“*²⁵ Dieser letzte Liebesdienst seines obersten Medizin-Mannes nützte Erich Mielke jedoch wenig. Am darauffolgenden Tag nahm ihn die Volkspolizei in Wandlitz fest und brachte ihn in das U-Haftgefängnis des VP-Präsidiums in der Berliner Keibelstraße. Am gleichen Tag trat erstmals der Runde Tisch zusammen und beschloss unter anderem die Auflösung des mittlerweile in AfNS umbenannten MfS. Nach kurzem Protest – *„Sie haben kein Recht, mich zu verhaften.“* – jammerte Mielke in Wandlitz gegenüber dem Verhaftungskommando: *„Das überlebe ich nicht. Ich werde sterben müssen und dafür tragen sie die Verantwortung.“*²⁶

Diese wehleidige Prophezeiung erfüllte sich nicht. Noch am Abend des Tages seiner Verhaftung wurde Mielke in das VP-Haftkrankenhaus nach Leipzig-Meusdorf gebracht. Am 18. Dezember 1989 veranlasste der Militärstaatsanwalt die Verlegung in das Rummelsburger Haftkrankenhaus. Von dort kam der gestürzte Stasiminister am 2. Februar 1990 nach Hohenschönhausen in den Verwahrraum 11 des Haftkrankenhauses.²⁷

21 Fahnenschmidt: DDR-Funktionäre, S. 55 ff.

22 Heribert Schwan: Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997, S. 11.

23 Ebd.

24 „Alles wissen nichts“. Die Odyssee des kranken Erich Mielke durch das Reich der Heilkunst, in: Der Spiegel 11/1995, S. 86 f.; Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 24.

25 Ebd.

26 Schwan: Mielke, S.13.

27 Ebd., S. 20 ff.

Erich Mielke behrte die U-Haftanstalt seiner „Firma“ gleich mit zwei Aufenthalten. Beim zweiten Mal blieb er vom 26. Juli 1990 bis zur Schließung. Wer es darauf anlegte, konnte den bösen alten Mann als zusammengefallenen Greis auf einer Bank neben dem großen Rosenbeet im Gefängnishof sitzen und vor sich hin brüten sehen:

„Also den Mielke habe ich zuletzt gesehen, ja, also der saß ja im Hof da, dem hätten wir jeden Tag die Hand geben können.“²⁸

Ohne diesen Namen und ohne diesen Ort, wäre das ein Bild vollkommener Belanglosigkeit gewesen. Doch der Aufenthalt der Politprominenz ausgerechnet im Stasi-Knast zählt wegen seines hohen Symbolgehaltes sicher zu den herausragenden Kuriositäten des Revolutionsprozesses. Die Gründe dafür waren jedoch weniger demonstrativer, denn pragmatischer Natur. Hohenschönhausen bot den Gefallenen, wie auch ihren Bewachern, ausreichend Schutz, Sicherheit und Diskretion.

Die trotz seiner zentralen Lage ungewöhnliche Abgeschiedenheit des Hohenschönhausener Sondergefängnisses konnte die gestürzten Granden besser vor den befürchteten Ausbrüchen des Volkszorns bewahren, als dies im normalen DDR-Strafvollzug möglich schien. Die geringe Belegungsstärke minimierte das Risiko ebenfalls. So war Erich Mielke zwar nicht mehr an der Macht, „sein“ Gefängnis jedoch trotzdem weiterhin nützlich für ihn. Abgesehen vom persönlichen Empfinden des jähen Falls waren die Haftbedingungen der ehemals Oberen recht zivil und nicht zu vergleichen mit den Zuständen, die jahrzehntelang unter ihrem Regime herrschten und unter denen sie ihre Gegner wegsperren ließen. Was ihnen jetzt hier widerfuhr, sah alles nicht nach Rache oder nach Vergeltung aus. Es mutet eher lächerlich an, wie eine bislang willfährige Exekutive mit eilfertigen Ermittlungen versuchte, sich von ihren einstigen Auftraggebern zu distanzieren, um nicht selbst in den Sog von deren Untergang zu geraten. Dazu passte es auch, dass einige der alten Herren teilweise auf freien Fuß gesetzt werden mussten, um Monate später, nun mit anderen Vorwürfen belastet, erneut in Hohenschönhausen zu landen.

Bis zur Schließung nach dem 3. Oktober 1990 waren von dieser Gruppe nur noch Harry Tisch und Erich Mielke in Hohenschönhausen übriggeblieben. Mielke war damit nicht nur einer der allerletzten, sondern auch mit Abstand der älteste Gefangene des Jahres 1990.

Es wird vielen Opfern eine gewisse und nur zu verständliche Genugtuung gewesen sein, den eben noch allmächtigen Stasiminister jetzt in seinem eigenen Gefängnis sitzen zu sehen. Für Triumphgefühle war dabei sicher kein Platz, denn zu zahlreich waren die Verbrechen, die dieser Mann zu verantworten hatte und zu ungewiss war die Aussicht, ob er sich dafür tatsächlich würde verantworten müssen. Und doch war und ist dieses Bild – „Despot im eigenen Gefängnis“ – so wichtig, weil es die Gewissheit verkörpert, dass kein Unrechtsregime ewig währt. Was immer Erich Mielke noch widerfahren sollte, vor welche Richter er in den folgenden Jahren auch treten würde, sein persönliches und sein politisches Schicksal fanden im Frühjahr 1990 hier, in dieser Kulisse, auf der Bank im Rosenhof, gesäumt von Zellen- und Vernehmertrakt, ihr folgerichtiges Ende. Der einstige Repressionsbau dagegen schien eine Zukunft zu haben.

²⁸ Interview Helmut Henning am 17.03.1998, ZZA.

Das recycelte Gefängnis

Mit der Entscheidung, das Amt für nationale Sicherheit aufzulösen, waren die Tage des Komplexes an der Freienwalder Straße als Dependance des Staatssicherheitsdienstes gezählt. Für Mitte Januar 1990 war die Übernahme in das MdI vorgesehen.

Aus diesem Grund wurde der 14. Januar 1990 ein schwarzer Tag für Oberst Siegfried Rataizick, den langjährigen Leiter der MfS-Gefängnisabteilung XIV. Seit 1951 in Hohenschönhausen, hatte sich Rataizick vom einfachen Wachmann bis zur Position des verantwortlichen Befehlshabers über alle siebzehn MfS-Untersuchungsgefängnisse in der DDR hochgedient. Fast wäre er noch General geworden – ein Gefängnisgeneral und Chef der sichersten und geheimsten Haftorte des SED-Staates.

Jetzt waren ihm nur wenige Stunden gegeben, um seinen geliebten Arbeitsplatz zu räumen, der nur ein paar Minuten von seiner Wohnung entfernt lag, mit zuletzt 46 000 Mark Gehalt im Jahr, Fahrer und einem Polski-Fiat als Dienstwagen.²⁹ Hatte er bis dahin ernsthaft geglaubt, diesen Job behalten zu können? Er, der einst als junger MfS-Wachposten und frisches SED-Mitglied im „U-Boot“ Dienst getan hatte, als in diesem Kellerverlies Max Fechner, Walter Janka und Paul Merker – um an dieser Stelle, mit Blick auf den eifrigen SED-Kader Rataizick, ganz bewusst nur einige „Genossen“ unter den vielen Inhaftierten zu nennen – eingekerkert waren.

Jetzt ging hier einer, der selbst Jahre später öffentlich erklären wird, dass er keinen einzigen Tag seiner Dienstzeit bereut. Den demütigenden Abgang würde er nicht vergessen können. Viele Jahre danach wird sein ungebrochener Hass auf den „Klassenfeind“ als „lebenslang adressiert“ empfunden werden.³⁰ Siegfried Rataizick hat diesen Hass konserviert, ungeachtet der vielen Möglichkeiten, sich in zwei Jahrzehnten kritisch mit dem eigenen Tun auseinanderzusetzen und sich auf andere Erinnerungen einzulassen als auf die eigene. So wurde er zu einem der Unbelehrbaren, denen die Tatsache, dass aus diesem Ort eine vielbeachtete Gedenkstätte wurde, ein Dorn im Auge ist. Der Doktor jur. der Staatssicherheit war ein Täter, und in seiner Haltung ist er es noch immer. Er sieht das anders. Vermutlich auch deshalb, weil er hier, an jenem 14. Januar 1990, damit begonnen hat, sich als Opfer zu empfinden.

Am darauffolgenden Tag übernahm das DDR-Innenministerium mit 50 Mann eigenem Personal die Untersuchungsanstalt. Ihr neuer Leiter wurde der VP-Major und Rat im Strafvollzug Michael Gebhard.³¹ Das Untersuchungsgefängnis war jetzt eine Filiale der Haftanstalt Rummelsburg. Neben den meisten Stasi-Wachmannschaften verließ auch das medizinische MfS-Personal den Komplex. Im Ambulanzbuch taucht ab dem 16. Januar 1990 ein Dr. Eberhard Zels als neuer Leiter des Haftkrankenhauses auf. Dabei handelt es sich um einen „verdienten“ Kader des DDR-Innenministeriums, den viele ehemalige Insassen des Zuchthauses Rummelsburg in ungueter Erinnerung behalten haben. Er übernahm fortan die medizinische Versorgung der Inhaftierten in Hohenschönhausen.³²

Zusammen mit seinem Kollegen Peter Janata, ehemals leitender Haftarzt in Waldheim und amtierender Chefarzt für den Gesundheitsschutz Inhaftierter, verfasste Zels ein medizinisches Gutachten, das ihren in Rummelsburg einsitzenden Patienten Erich Mielke vor weiterer Untersuchungshaft bewahren sollte. Ihr Befund konstatierte einen ständigen Bedarf an medizinischer und psychologischer Betreuung und beschränkte die Dauer

29 Jürgen Schreiber: Dressiert, lebenslang, in: Der Tagesspiegel vom 15. Mai 2002.

30 Ebd.

31 „Neues Deutschland“ vom 30. Januar 1990.

32 Akte 1060, AGH, Bl. 172.

der Vernehmungen auf täglich 30 Minuten. Eine weitere Untersuchungshaft, so die beiden Ärzte, sei nicht vertretbar.³³ Was damals niemand wusste: Sowohl Janata als auch Zels waren langjährige Inoffizielle Mitarbeiter des MfS. War ihr den gestürzten Stasi-Chef begünstigendes Gutachten ein letzter Loyalitätsbeweis der beiden staatstreuen Haft-Mediziner, ähnlich dem vorherigen Gutachten des ZMD-Chefs, Mielke-Protégés, MfS-Generals und Professors Klein?³⁴ Das neue Gutachten hatte Wirkung, denn es ließ den ermittelnden Militärstaatsanwalt Michalak von der weiteren Inhaftierung Mielkes Abstand nehmen. In den bis zu seiner Entlassung folgenden Vernehmungen, verwies dieser permanent auf seine angebliche Vernehmungsunfähigkeit, mimte den Vergesslichen und weigerte sich, ihm vorgelegte Beweise auch nur anzuschauen.³⁵ Wenige Monate zuvor hatte er drahtig und zackig sein Ministerium dirigiert und sich dafür allmorgendlich mit Gymnastik und Schwimmen fit gehalten.

Am 9. März 1990 kam der nun als haftunfähig eingestufte Mielke auf freien Fuß. Von der Zelle des Hohenschönhausener Haftkrankenhauses zog er in das Hohenschönhausener Eigenheim seines Sohnes Frank am Obersee. Am 21. Mai 1990 erweiterte der Generalstaatsanwalt das Ermittlungsverfahren um solche gravierenden Punkte wie den Verdacht des Verbrechens gegen die Menschlichkeit (§§ 91 und 94 des DDR-Strafgesetzbuches), der Anstiftung zum verbrecherischen Diebstahl persönlichen Eigentums (§§ 177 und 180 des DDR-Strafgesetzbuches), der Anstiftung zur Rechtsbeugung (§ 224 des DDR-Strafgesetzbuches) und der Anstiftung zur Verletzung des Briefgeheimnisses (§ 135 des DDR-Strafgesetzbuches). Die Enttarnung von zehn in der DDR untergetauchten RAF-Mitgliedern Anfang Juni 1990 brachte Mielke zudem den Vorwurf der Begünstigung nach § 223 des Strafgesetzbuches ein. Die in der Folge zu Tage geförderten Erkenntnisse über die Verstrickung des MfS in den Terrorismus mündeten am 25. Juli 1990 in einen Antrag der Generalstaatsanwaltschaft, einen neuen Haftbefehl zu erlassen. Einen Tag später wurde Mielke verhaftet und kam erneut in die ehemalige MfS-Untersuchungshaftanstalt.

Altes neues Gefängnis

Mit der MdI-Übernahme war Hohenschönhausen von Stund an kein Stasi-Gefängnis mehr. Aus heutiger Sicht mag die Weiternutzung dieses Ortes für Haftzwecke irritieren. Moralische Bedenken hat es in dieser Hinsicht bei den Verantwortlichen offenbar nicht gegeben. Es war eine Zeit, in der die Entscheidungsträger glaubten, zwar vieles verändern zu müssen, aber dennoch weitermachen zu können. Weitermachen bedeutete Arbeit und Arbeit hieß Zukunft.

Folglich richtete sich das DDR-Innenministerium in dem Bau häuslich und, wie es schien, auf Dauer ein. Für die neuen Leiter gab es neue Büros, renoviert unter tätiger Mithilfe von den in Hohenschönhausen seit Jahren einsitzenden Strafgefangenen. Aus der Hinterlassenschaft des MfS übernahm die MdI-Besatzung die erwähnten fünfzehn MfS-Untersuchungshäftlinge und die Strafgefangenenarbeitskommandos.

Bereits einen Tag nach der Dienstübernahme, am 16. Januar 1990, wurde ein männlicher Häftling entlassen. Kaum eine Woche später, am 22. Januar 1990 erfolgte die Verlegung zweier Inhaftierter nach Rummelsburg, die im Zusammenhang mit der Untersuchung von Militärstraftaten noch am 5. Dezember 1989 aus dem Untersuchungsgefängnis der MfS-Bezirksverwaltung Berlin in der Pankower Kissingenstraße nach Hohenschönhausen verlegt worden waren.

33 Schwan, Mielke, S. 29.

34 <http://17juni1953.wordpress.com/2010/10/26/stasi-im%C2%B4s-begutachteten-haftfahigkeit-von-stasi-chef-mielke/>; Stand 27.10.2010.

35 Schwan: Mielke, S. 31 f.

Obwohl für den Zeitraum ab dem 22. Januar bis zum 2. Februar 1990 keine Registrierunterlagen vorliegen, kann angenommen werden, dass zwischen dem 22. und dem 25. Januar die Verlegung oder Entlassung eines weiteren Untersuchungsgefangenen erfolgte. Der Mann war am 11. Oktober 1989 aus Leipzig nach Hohenschönhausen verlegt und hier von Mitarbeitern der für die Volkswirtschaft zuständigen HA IX/3 vernommen worden.

Ein überliefertes Bestandsbuch registriert für den 2. Februar – nach gut zwei Wochen unter MdI-Leitung – elf männliche und acht weibliche Strafgefangene sowie elf Untersuchungsgefangene. Hinzu kam ein weiteres männliches Arbeitskommando von zehn Strafgefangenen, die vor dem 2. Februar 1990 aus Rummelsburg nach Hohenschönhausen verlegt worden waren.

Unter den elf Untersuchungshäftlingen befanden sich vier „Regierungskriminelle“. Das waren die Herren Wildenhain³⁶, Tisch, Seidel³⁷ und Stoph. Bei einem weiteren Inhaftierten handelte es sich um den bereits verurteilten, fast achtzigjährigen NS-Täter Jakob Holz, den das MfS seit Mai 1988 im zentralen Stasigefängnis festhielt. Vier der Inhaftierten waren ursprünglich Fälle der für Ermittlungen gegen die eigenen Leute zuständigen HA IX/5. Zwei waren von der HA IX/6 (Militärstraftaten) „bearbeitet“ worden. Einer der Untersuchungsgefangenen, es handelte sich um einen ehemaligen Fall der HA IX/5, war seit dem 19. August 1988 in Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert.

Die mit der MdI-Hoheit einhergehenden Veränderungen waren auffallend. Es gab andere Uniformen, andere Dienstgrade und – weitaus wichtiger – andere Umgangsformen. Zum ersten Mal arbeiteten in Hohenschönhausen Bewacher, deren Namen den Häftlingen bekannt sind und zum ersten Mal werden die Häftlinge mit ihrem eigenen Namen angesprochen statt mit einer unpersönlichen Zahl. Aus Nummern waren wieder Menschen geworden. Und es durfte geredet werden. Die methodische Sprachlosigkeit, das permanente Schweigen der Stasi-Zeit war verschwunden. Die einst die Flure beherrschende, weitgehend stimmenlose Geräuschkulisse der kalkulierten Isolierung wich jetzt der gebräuchlichen Knastkommunikation. Die Veränderungen im Land und die andauernden Proteste in den Haftanstalten führten zu weiteren Erleichterungen. Mit Beginn des Februars 1990 durften private Radios, Brillen, Schreibsachen, Armbanduhren und Trockenrasierer ständig in den Zellen behalten werden.³⁸

Wie Vera Lengsfeld bei einem Besuch als Volkskammerabgeordnete mit ihrem, zu diesem Zeitpunkt noch nicht als IM enttarnten dänischen Ehemann Knud am 30. Mai 1990³⁹ feststellen konnte, hatte sich im Vergleich zu ihrer eigenen Haftzeit etliches verändert. Solche klaustrophobischen Bauelemente wie Trennwände und Maschendrahtabdeckungen waren aus den Freigangboxen verschwunden. Betten hatten die Holzpritschen ersetzt, und keine Haftordnung schrieb mehr vor, in welcher Haltung geschlafen werden musste. Die Vergangenheit? Abgehakt. Berge von Gerümpel verstopften nun die Arrestzellen im Keller des Zellengebäudes.⁴⁰ So ließ sich der Ballast einer unbequemen Historie auch entsorgen.

Im Parterre des Vernehmertraktes wurden ganze Wände aufgestemmt, um Sprecheräume für Besuche einzurichten. Rechtsanwälte in Hohenschönhausen! Auch das war ein Novum. In einigen Zellen wurden richtige Fenster eingebaut.

36 Heinz Wildenhain, Leiter der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK der SED.

37 Manfred Seidel, Stellvertretender Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und Offizier im Besonderen Einsatz des MfS.

38 Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 327 Nr. 11.

39 „Berliner Zeitung“ vom 23./24. Januar 1993.

40 Vera Lengsfeld. Von nun an ging's bergauf ... Mein Weg zur Freiheit, München 2002, S. 228.

Tischler Henning vom Strafgefangenenarbeitskommando hatte allein damit alle Hände voll zu tun. Fenster bekamen auch die Verwahräume einer Station des Haftkrankenhauses, wo man sich fürsorglich um die gestrauchelten Politgrößen kümmerte. Als MfS-Strafgefangener hatte Herbert Henning während der ganzen zehn Jahre seines Aufenthalts nie einen Untersuchungshäftling zu Gesicht bekommen. Jetzt achtete keiner mehr darauf, wer wem begegnete. Was gestern riskant gewesen ist, war jetzt egal.

Es mag mit dem Blick auf die schreckensbeladene Vergangenheit unangemessen erscheinen, aber in den letzten Monaten seiner Knastexistenz zog erstmals ein Hauch von Lebendigkeit durch das Gemäuer in Hohenschönhausen. In Anlehnung an die landesweiten Vorgänge in den Haftanstalten wurde ein Gefangenenrat gebildet, der bei Bedarf einen Raum zur Verfügung gestellt bekam und jederzeit beim Stellvertreter des Gefängnisleiters Gehör finden konnte.

Berliner Zeitung - Nr.19 IM GESPRÄCH Sonnabend/S

Szenen einer Ehe mit dem Stasi-Mann Do

Vera Wollenberger: Ich habe erfahren, daß Aufarbeitung von Vergangenheit so nicht funktionie

„Der ‚Fall Donald‘ ist natürlich vor allem meine persönliche Tragödie“, schrieb Vera Wollenberger, nachdem ihr damaliger Ehemann als Stasi-Spitzel enttarnt wurde. „Lieber hätte ich jahrelangen Stasi-Knast auf mich genommen, als das erleben zu müssen. Ich bin dafür, daß wir uns darüber klarwerden müssen, was das für eine Gesellschaft war, in der wir gelebt haben. Aber ich habe auch erfahren, daß Aufarbeitung so nicht funktioniert.“ Wie zahlreiche andere Bürgerrechtler hat Vera Wollenberger Anfang 1992 in ihre Stasi-Akten eingesehen. Beispielsweise in die unter den Decknamen „Virus“ und „Heuchler“ angelegten „Operativvor-

gänge“. In ihrem zitiert, kommentiert diese Akten und zeichnungen, und Bru genüber. Wir druc

Im Februar 1980 lernte der „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM) Donald mich kennen. Er war damals noch bei der „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) „angegliedert“ und damit befaßt, vor allem amerikanische Diplomaten „abzuschöpfen“, und bereitete sich auf einen Einsatz in den USA vor.

Die Voraussetzungen dafür waren ideal: Sein Vater hatte aus seiner Emigrantenzzeit noch vielfältige Verbindungen. Donalds Großtante war die langjährige Sekretärin und Vertraute Einsteins Helen Dukas. Ihm hätte in den Staaten nicht nur das Einsteinhaus in Princetown offenstanden.

„Donald“ war zu dieser Zeit schon ein erfahrener Geheimdienstmann mit mehrjähriger Praxis. Ich merkte ihm nichts an. Für mich war er Knud, Sohn eines hochbegabten Professors, Kind einer interessanten Familie. Sein jüdischer Vater war schon in seiner Jugend Mitglied der kommunistischen Bewegung gewesen. Im Dritten Reich hatte er jahrelang in der Illegalität gekämpft, bevor er, knapp der Verhaftung entgangen, emigrieren mußte. Dank Einsteins Fürsprache war es kein Problem für ihn, ein amerikanisches Visum zu bekommen. Allerdings gelang es ihm nach dem Krieg nicht, seine Aufenthaltserlaubnis in eine Staatsbürgerschaft zu verwandeln. Unter McCarthy wurde sein Brauchen in der zweiten Instanz abge wiesen. Kurz darauf wurde er zur unerwünschten Person erklärt und mußte die USA verlassen.

Auch in Dänemark, wo er am zweitliebsten geblieben wäre, wurde er nach dem Überschwappen der

schätzungen und machten Vorschläge. [...] Mein ehemaliger Mann ist einer nern, daß er mich jedesmal ermunterte, an meine Freunde zu schreiben, wenn er wieder in die DDR Westdeutschland in den Botschaften der UdSSR und den USA. Schon am Abend vorher schlug die Staats mir als gegen mich gearbeitet. Schließlich gab er zu verstehen, daß wir jetzt endlich doch auf dieselben



30. Mai 1990: Vera Wollenberger mit ihrem damaligen Ehemann Knud vor dem früheren Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Foto: Taubert

Berliner Zeitung, Bild: Andreas Tauber

Bewacht wurde trotzdem. Schon einen Tag nach seiner Dienstübernahme erließ Gefängnisleiter Gebhard etliche Anweisungen, darunter auch für die Wachposten auf den Türmen. Wie ihre Vorgänger zogen sie mit Kalaschnikow-Sturmgewehr und 90 Schuss scharfer Munition in den Dienst. Es galt nach wie vor die „Anwendung der Schusswaffe entsprechend der Schusswaffengebrauchsvorschrift“.⁴¹

Ebenso gab es einen definierten Tagesablauf und die Kontinuität der Arbeitskommandos in den Küchen und im Werkstattthof.

Am 2. Februar 1990 befanden sich 40 Häftlinge im Haus, davon elf Männer und acht Frauen SGAK.

Der Bestand schwankte im Lauf des Jahres. Zunächst waren es 48, dann wieder 22 Inhaftierte. Anfang August kamen 36 Strafgefangene aus Rummelsburg und erhöhten die Belegungszahl auf 55 Inhaftierte. Weitere Zugänge bis Mitte August brachten die Zahl auf 60, im September sank sie wieder unter 50. Ende September waren es 35 Häftlinge. Ausgelastet wurde das Gefängnis zu keinem Zeitpunkt mehr.

Zaun und Mauer

Mit der Auflösung des MfS-Sperrgebietes ab Januar 1990 verlor das Gefängnis seinen schützenden Cocon. Die einstige „Insel der Verdammten“ wurde jetzt unmittelbar von den Ereignissen berührt. Bis dahin war die Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin das einzige Gefängnis in der DDR gewesen, das Teile eines Stadtgebietes als Schutzring und Versteck nutzen konnte. Auf einmal war seine 4,25 Meter hohe „Objektumwehrungsmauer“ die letzte verbliebene Abgrenzung zur Außenwelt. Der seit Jahrzehnten ausgesperrte Stadtraum war wieder herangerückt.

Genau das schien den neuen Betreibern des gewendeten Haftbetriebes viel zu nah an Freiheit und Öffentlichkeit. Aus diesem Grund wurde eilig ein Zaun vor die Mauer gestellt. Sogenannte Kurzstrafler erledigten das – Verurteilte mit geringen Haftzeiten. Sie waren eigens zum Zaunbau aus Rummelsburg nach Hohenschönhausen verlegt und dort in einem Zellenflur der Untersuchungshaftanstalt einquartiert worden. Das Projekt erscheint paradox: Da wurden Zäune und Mauern um eine ganze Stadt, um ein ganzes Land abgerissen und hier um ein Gefängnis eine neue Barriere errichtet, weil es durch die Freiheit vor seinen Toren an Schutz eingebüßt hatte.

Der Kriminalkomplex

An einem Freitagnachmittag Ende April 1990 bekam das Gefängnis einen Anruf vom benachbarten Zentralen Kriminalamt (ZKA), das nach der Auflösung des MfS in den siebenstöckigen Plattenbau der MfS-Hauptabteilung IX gezogen war. Bereits am 5. Februar 1990 hatte die Modrow-Regierung im Zuge der Stasi-Auflösung eine Reorganisation der Polizei beschlossen, die unter anderem zur Gründung der Kripozentrale ZKA geführt hatte. Das Personal dafür rekrutierte sich weitgehend deckungsgleich aus der Hauptabteilung Kriminalpolizei des DDR-Innenministeriums, zu dem sich ca. 120 übernommene MfS-Spezialisten der Spurenermittlungsabteilung aus der HA IX gesellten. An dieser Konstellation änderte auch die am 18. März 1990 erste frei gewählte Regierung nichts. Die Haltung des neuen Innenministers Peter-Michael Diestel zu den altbewährten Kadern ist heute nur zu gut bekannt. Erst im Nachgang der Vereinigung wurden diese Strukturen, die sich noch in ein Gemeinsames Landeskriminalamt der fünf neuen Länder zu transformieren suchten, aufgelöst.⁴²

Mit dem Kripo-Apparat und der Untersuchungshaftanstalt existierte in Hohenschönhausen also weiterhin ein gut gesichertes, funktionierendes Ensemble staatlicher Machtausübung. Die gewendeten SED-Kriminalisten fanden es daher alles andere als passend, ausgerechnet aus Richtung Zellentrakt gestört zu werden. Eine Überprüfung nach dem Beschwerdetelefonat ergab, dass zwei Verhaftete mit einem „katapultähnlichen Gegenstand“ aus ihrer Zelle die Fenster des Kriminalgebäudes beschossen. Dazu hatten sie einen Schlüpfergummi am Gitter befestigt. Die Schleuderkonstruktion wurde entfernt und die Verhafteten verwahrt. Einer der beiden Bastel-Schützen musste nach der Attacke wohl mit einer rutschenden Unterhose zurechtkommen. Mit dem denkwürdigen Schlüpfergummi-Attentat erlebte das Gebäude einen weiteren seiner wenigen Tage als ein ganz normaler Knast. Das würde zwar nicht ausreichen, diesen Ort an sich schon als

42 Spuren in der Mülltüte, in: Der Spiegel 49/1990, S. 46.

normal zu empfinden. Und doch war es eines der zahlreichen, kleinen Zeichen in diesen Wochen und Monaten, dass hier etwas überwunden wurde, was bis dahin angsteinflößend und unangreifbar dastand.

Die Gefangenen ließen weder die Nerven des Personals noch das Gebäude unangetastet. Am 25. Mai 1990, zur Mittagszeit, lehnten zwei von ihnen den Gang zur „Freistunde“ ab. Einen Tag später wiederholte sich die Szene. Rausgehen mochte offenbar kaum jemand gerne. Der sogenannte AiF – Aufenthalt im Freien – wurde oft abgelehnt. Auch das war zu Zeiten der MfS-Herrschaft über diesen Ort undenkbar: *„Verhaftete, die den Aufenthalt im Freien verweigern, sind unverzüglich dem Untersuchungsorgan zu melden.“*

So der Wortlaut der MfS-Untersuchungshaft(vollzugs)ordnung. Auch diese Ordnung galt nun nicht mehr, und wer sollte wem solche Weigerungen melden? Zwar legte auch die neue Gefängnisleitung, „Regel ist Regel“, Wert darauf, dass alle Gefangenen am Freigang teilnehmen. Die dachten jedoch gar nicht daran und schauten stattdessen lieber fern. Das taten sie womöglich aus der Befürchtung heraus, zu viel von den Ereignissen, die das ganze Land umwälzten, zu verpassen. Mit dem frischen Wind, den die flugs gewendeten, landeseigenen Medien in dieser Zeit in Wohnzimmer und in Gefängniszellen brachten, konnte ein Aufenthalt in der öden Atmosphäre der Freiganghöfe nicht mithalten. Während dort gerade mal ein paar Zwischenwände entfernt und kümmerliche Blumenrabatten angelegt worden waren, eröffnete sich „draußen“ eine ganz neue Welt. Ohne Fernsehen und Radio wäre im Gefängnis kaum etwas davon zu spüren gewesen, denn der Himmel über den Freiganghöfen bot, ganz so als passierte gar nichts Besonderes, wie eh und je nur seine ewig schweigsame Ansicht.

Einer der erklärten Hauptgegner der MfS-Wachmannschaften brach sich, kaum dass sie fort waren, in den Wochen und Monaten bis zur Einheit immer wieder Bahn: das „Überraschungsmoment“. Nur allzu oft war das neue Personal überrascht, überrumpelt, ja geradezu übertölpelt. Unter der MfI-Ägide wimmelte es bald nur so von „Vorkommnissen“, die kurz zuvor allesamt – denn darunter machte es das MfS ja nicht – als „sicherheitsgefährdende, feindliche Angriffe“ eingeschätzt und rigoros unterbunden worden wären.

Doch, wo das ganze Land losgelassen war, gab es auch in den Gefängnissen kein Halten mehr. Alle, noch vor kurzer Zeit „wirksamen operativ-taktischen und rechtlich zulässigen Mittel“⁴³ waren suspendiert. Niemand in der neuen Wachmannschaft, der auch nur einen Funken Verstand im Leib hatte, mochte jetzt weiterhin so vorgehen, wie das hier und anderswo in der DDR jahrzehntelang üblich gewesen war. Die einst eisernen, immer wieder eingepeitschten und beschworenen Regeln – sie galten nicht mehr. Der Haftort Hohenschönhausen verlor Tag für Tag peu à peu seinen Ungeist der perfektionierten Gängelung, als treuer und verlässlicher Dienstleister eines Unrechtsbetriebes. Stattdessen triumphierte an dieser einstigen Bastion der realsozialistischen Sicherheitsverwahrung – wenn auch oft nur in klitzekleinen Schritten – die Unordnung, die schleichende Auflösung, die außerhalb der Mauern bereits das ganze Land erfasst hatte. Der wichtigste Hochsicherheitsknast der DDR war unsicher geworden. Aber er war immer noch da.

43 Referat Siegfried Ratajick zur Dienstbesprechung mit den Leitern der Abteilungen XIV der Bezirksverwaltungen am 2. Dezember 1986, BStU ZA MfS Abt. XIV 24, Bl. 63.

Ost-West-Annäherungen

Erstaunlich frühzeitig interessierten sich West-Berliner und bundesdeutsche Vollzugsbeamte für die DDR-Haftanstalten und deren neuen Nutzer. Bereits im Dezember 1989 kamen Anfragen aus dem Westen, von der JVA Plötzensee und von der Bundesvereinigung der Anstaltsleiter im Strafvollzug e. V. Letztere, ein Zusammenschluss von 220 Mitgliedern, meldete sich im Januar 1990 erneut beim DDR-Innenministerium, wollte die Ost-Kollegen zu Fortbildungstagen einladen und im Februar selbst in die DDR kommen.⁴⁴ Auf westlicher Seite scheint es mancherorts wenig Berührungszwänge mit dem gewendeten SED-Haftsystem gegeben zu haben. Die sofortige Bereitschaft zum professionellen Schulterschluss frapportiert schon allein wegen ihrer politischen Naivität. Sie schien – aufgrund welcher Annahmen auch immer – vorauszusetzen, dass Gefängnisarbeit in beiden Teilen Deutschlands nahezu gleichartig sei.

Offizielle, amtliche Kontakte gab es erst im Frühjahr 1990. Aus diplomatischen Gründen durften der Abteilungsleiter Justizvollzug der West-Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Christoph Flüge, und seine Kollegen jedoch nicht im DDR-Innenministerium empfangen werden. Also traf sich der Westbesuch in Rummelsburg mit dem Chef des DDR-Strafvollzuges, Generalmajor Lustik und dessen Stellvertreter Oberst Martens. Flüge hatte den Eindruck, die beiden Gesprächspartner waren vor allem bemüht, dem vermeintlich ahnungslosen Westbesuch den Eindruck zu vermitteln, dass sich die DDR im Strafvollzug stets an internationale Bestimmungen und Verpflichtungen gehalten habe. Zur Frage der MfS-Untersuchungshaftanstalten täuschten General und Oberst die pure Ahnungslosigkeit vor. Sie hätten diese Einrichtungen gar nicht gekannt, so erinnerte sich Flüge an die Statements, und seien völlig überrascht davon gewesen. Ihnen wären nur leere Häuser übergeben worden. All dies stellte sich für den Senatsangestellten später als die Unwahrheit heraus. Drei Wochen nach diesem denkwürdigen Kontakt hatte Flüge am 16. März 1990 die Möglichkeit, Hohenschönhausen zu besichtigen – zumindest das, was ihm gezeigt wurde. Der Eindruck war für den Mann aus dem Westen schockierend und das trotz der bereits erfolgten Veränderungen. Erst aus Berichten ehemaliger Inhaftierter formte sich für Flüge im Nachgang ein Abbild vom Ausmaß der Repression. Dabei war vieles davon, wie er später äußerte, schon seit den 1950er Jahren bekannt gewesen, jedoch in für ihn beschämender Weise im Westen bald nicht mehr wahrgenommen worden.⁴⁵ Die bloße Existenz dieser Haftanstalt hielt beiden Teilen Deutschlands den Spiegel vor das Gesicht.

Mit genauen Informationen zum DDR-Haftsystem geizte Generalmajor Lustik auch weiterhin. Erst bei einem Gegenbesuch zeigte er, dass er alle seine Zahlen parat hatte und plauderte in der Kantine der JVA Plötzensee aus dem Effeff über die Belegungstärken der rund 80 Haftstätten in der DDR.⁴⁶ Hohenschönhausen hatte demnach 150 Haftplätze. Zu diesem Zeitpunkt, auch das notierten sich die Senatsmitarbeiter, strebte das MdI dort die Schaffung von 230 Plätzen an.

Nach einem Ende als Haftanstalt klang das nicht. Endzeitstimmung bemerkten auch die beiden Vollzugsbeamten aus West-Berlin bei ihrem Besuch am 18. Juni 1990 nicht. Von Leiter Gebhard erfuhren die Gäste, dass am Standort 99 von 135 Angestellten im „operativen Dienst“ und 36 in der Verwaltung arbeiten würden. Mit der geplanten Belegung, die vorsah, pro Zelle sechs Quadratmeter zur Verfügung zu stellen, sollten 177 Plätze geschaffen werden. Wie in der Lichtenberger Magdalenenstraße war eine U-Haft für

44 Bundesarchiv (BA) DO 1/3727.

45 Christoph Flüge: Untersuchungshaftanstalten des MfS, in: Horch und Guck, Heft 17/1995, S. 23.

46 Archiv der Berliner Senatsjustizverwaltung für Justiz (ASJ), Dokumentation DDR-Strafvollzug 4400 V/2-2, Bd. 3, Verzeichnis der Justizvollzugseinrichtungen in der DDR vom 20. März 1990.

Männer vorgesehen. Den West-Berlinern fiel auf, dass in Hohenschönhausen nur wenige Gefangene untergebracht waren. Direktor Gebhard zeigte auch die voll funktionsfähigen und vom MfS übernommenen Anlagen zur Überwachung aller Bewegungen innen und außen per Monitor und erläuterte die Möglichkeiten, alle Türen, auch die der Zellen, von einer Zentrale aus elektromagnetisch verriegeln zu können. Regelrecht in Erstaunen versetzte die Besucher ihr – höchstwahrscheinlich falscher – Eindruck, dass alle baulichen Veränderungen, Installationen und Malerarbeiten zur Neu- und Umgestaltung „ihrer Vollzugseinrichtung“ von den Bediensteten, die Führungsriege eingeschlossen, in eigener Regie ausgeführt worden seien. Alle würden sich am Umbau mit großer Emsigkeit beteiligen, „*obwohl niemand recht weiß, ob dies tatsächlich im Endergebnis den Anforderungen entspricht die [...] an einen Untersuchungshaftvollzug nach westdeutschen Rechtsnormen gestellt werden.*“

Das handwerkliche Talent der DDR-Strafvollzugsangehörigen in allen Ehren, dürfte es sich doch hauptsächlich um die fleißige Arbeit von Strafgefangenen gehandelt haben. Über die Inhaftierten verloren die beiden Besucher aus dem Westen in ihrem geradezu euphorischen Bericht merkwürdigerweise kein Wort. Dagegen gefiel den Herren die Tatsache, dass der Leiter der Hohenschönhausener Haftanstalt über einen eigenen Dienst-Pkw nebst Fahrer verfügen konnte, so sehr, dass sie dies am Ende ihres Berichtes mit erhobenem Zeigefinger bemerkten:

„Hierüber sollte man auch in West-Berlin einmal nachdenken!“⁴⁷

Als die Weichen für die Wiedervereinigung gestellt waren, versuchte der Strafvollzug Ost sich auf die Arbeitssituation West einzustellen. So kümmerte sich im Juli 1990 der Offizier für Bildung der AG Personalfragen/Bildung des Ost-Berliner Strafvollzugs um eine Aufstellung empfehlenswerter Literatur, darunter das Strafvollzugsgesetz, die U-Haftvollzugsordnung, StPO und StGB der Bundesrepublik und recherchierte die Bezugspreise für diese Publikationen. Was der DDR-Staatsverlag in dieser Richtung bereits zu bieten hatte, war im Vergleich zu den Preisen der im Westen publizierten Gesetzeswälder fast hinterhergeworfen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik, die West-Berliner Verfassung und die Straßenverkehrsordnung West kosteten als Broschur jeweils drei D-Mark. Alle wichtigen Betriebsanleitungen der westdeutschen Demokratie gab es somit für nicht mal einen Zehner.⁴⁸ Wer von den Staatsdienern im Strafvollzug nicht mit dem Staat untergehen wollte, war gut beraten, dieses Geld zu investieren. Für das dritte Quartal 1990 wurden staatspolitische und -rechtliche Schulungen von mindestens zwei Stunden monatlich empfohlen. Das Hauptanliegen war eine Einführung in das Grundgesetz und in die West-Berliner Verfassung – ein „Pauk-Programm“ für die Wiedereingliederung ehemals sozialistischer Staatsdiener in die bürgerliche Gesellschaft. Kurz vor der Einheit sollten die Volkspolizisten mit der Bedeutung der Grundrechte für den Einzelnen und für die Staatsgewalt ebenso vertraut gemacht werden wie mit dem bundesstaatlichen Prinzip. Ein weiteres Top-Thema in banger Erwartung der Einheit war die soziale Marktwirtschaft. Und für die Kehrseiten derselben gab es Unterweisungen zum Drogenproblem.⁴⁹

47 ASJ, Dokumentation DDR-Strafvollzug 4400 V/2, Bd. 3, Protokollvermerk vom 19. Juni 1990.

48 LAB, C Rep. 327 Nr. 15.

49 Ebd.

Stätten und Tage des Gedenkens

Einen erneuten öffentlichen Vorstoß in Richtung Gedenkstättenarbeit machte der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. am 24. April 1990 mit einem Aufruf an die nach den ersten freien Wahlen konstituierte Volkskammer, an den DDR-Ministerpräsidenten sowie den Innenminister. Hohenschönhausen sollte, so der Appell, eine zentrale Gedenkstätte für alle deutschen Opfer des Stalinismus beherbergen. Das Papier war unterzeichnet von Hermann Kreutzer und Heinz Gerull. Beide waren viele Jahre in der DDR bzw. in der Sowjetunion inhaftiert gewesen und kannten den Haftort Hohenschönhausen aus eigener, leidvoller Erfahrung. Sie verwiesen darauf, dass eine solche Gedenkstätte nach Berlin gehöre. Kreutzer argumentierte, dass er schon am 1. November 1989 von Egon Krenz verlangt hatte, eine Gedenkstätte für die Opfer des Stalinismus einzurichten. Die SED/PDS selbst habe noch auf ihrem Außerordentlichen Parteitag am 16. Dezember 1989 beschlossen, das zu unterstützen.

Mit dem Schumacher-Kreis engagierten sich Opfer, die zum Teil schon in der NS-Zeit verfolgt worden waren. Auch daraus leiteten sie ihr Votum für eine Gedenkstätte ab. Das Areal der Haftanstalt biete einen „gleichen bedrückenden Eindruck“ wie das Gefängnis Plötzensee im Westen Berlins, legten sie dar. Darüber hinaus sei keine andere Stadt in Deutschland derart vom Stalinismus gezeichnet.

Aus heutiger Sicht nahm sich der Realisierungsvorschlag geradezu bescheiden und zurückhaltend aus. Er orientierte sich daran, den laufenden Betrieb der U-Haftanstalt nicht zu beeinträchtigen. Als Standort für die Gedenkstätte war ein kleines Areal an der südwestlichen Ecke der Umfassungsmauer vorgesehen, mit einer vom Gefängnis separierten Zugangsmöglichkeit.⁵⁰

Der Bischof der evangelischen Kirche, Gottfried Forck, unterstütze das Vorhaben. Er wünschte sich, dass aller von Staatssicherheitsdienst und NKWD Inhaftierten gedacht würde und der Ort nicht nur ein Denkmal, sondern auch ein Dokumentationszentrum beherbergt. Der DDR-Strafvollzug hatte sich schon im März 1990 in einem Gespräch mit Hermann Kreutzer zugänglich gezeigt. Da die Haftanstalt von der Umsetzung kaum tangiert worden wäre, hatte dieses Entgegenkommen rein symbolischen Wert. Entscheiden mochten die neuen Herren des Gefängnisses ohnehin nichts und verwiesen Kreutzer an das DDR-Kulturministerium und an den Ost-Berliner Magistrat.

Es scheint nicht nur so, dass für diese beide Stellen zum damaligen Zeitpunkt anderes weitaus wichtiger war.

Die kleine und die große, die neue und die alte Weltgeschichte floss weiter an den Mauern der Haftanstalt vorbei, scheinbar ohne sie zu berühren. Erstmals und letztmalig wurde in der DDR im Frühsommer 1990 der Jahrestag des 17. Juni 1953 öffentlich und als das begangen und gewürdigt, was er war – ein weit verbreiteter, weit tragender und die DDR tief prägender Volksaufstand. In einer Feierstunde in Ost-Berlin gab es erstmals ein gemeinsames Gedenken von Bundestag und Volkskammer. Es war die große Geste der großen Politik. Sie war auf die Zukunft, auf die Wiedervereinigung gerichtet. Nach dem Gedenken verabschiedete die Volkskammer das Treuhandgesetz. Diese Zukunft sollte für viele ein Ende bedeuten. Wer schaute da schon nach Hohenschönhausen, in die Vergangenheit?

Dort waren an diesem 17. Juni 1990 so wenige Menschen inhaftiert, wie an keinem dieser Jahrestage seit der Niederschlagung des Aufstands. Sie verloren sich geradezu in den weitläufigen Zellenfluren des Gefängnisses. Pilgerte jemand an diesem Tag dort hin? Gab es Kranzniederlegungen von offizieller Stelle? Erwähnte die große Politik den

50 BA DO 3527.

Ort? Nur auf die erste Frage gibt es eine bejahende Antwort: Um 14 Uhr brachte ein – wie es im Dienstbuch mit allen Personalien akribisch vermerkt wurde – „BRD-Bürger“ am neuen Zaun vor der Haftanstalt ein Schild für die Opfer des Stalinismus an. Die engagierte Einzelaktion des Neuköllners fokussierte das Problem mit diesem Ort, der damals im Schatten der Betrachtung lag – weit entfernt davon, ein zentraler Gedenkort von nationaler Bedeutung zu werden. Das öffentliche Gedenken, dass sich in jener Zeit gelegentlich für das Gefängnis interessierte, war meist ein mediales und verteilte sich auf verschiedene journalistische Genres. Der DDR-Strafvollzug gab sich großzügig und lehnte kaum eine der zahlreichen Anfragen von Presse, Hörfunk und Fernsehen ab. Daneben gab es die ganz individuellen Anfragen. Ehemalige Häftlinge meldeten sich, wollten nach Jahrzehnten die Stätte ihrer Leiden sehen, Spurensuche in der eigenen Biografie.

Anfang August 1990 war es die Bitte zweier Damen, die 1962 für achtzehn Wochen eine Zelle in Hohenschönhausen geteilt hatten. Die eine der beiden hatte in dieser Zelle ihren 25. Geburtstag erlebt. Die andere war einst mit dem Berliner Schauspieler Gerhard Bienert verheiratet gewesen, der das seltene Privileg genoss, auch nach dem Mauerbau im Westen wohnen und im Osten arbeiten zu dürfen und der für seine Arbeit, unter anderem bei der DEFA und am Deutschen Theater, vielfach Auszeichnungen erhalten hatte. Seine Frau dagegen war inhaftiert worden, weil sie anderen zur Flucht verholfen hatte. In ihrer Bitte um Zugang, die sie nun an das DDR-Innenministerium richtete, fasste sie die ganze Absurdität ihres Schicksals mit lakonischem Sarkasmus in einem einzigen Satz zusammen: „*Er bekam in ihrem Staat zehn Orden, ich sechs Jahre.*“

Erst ein aktueller Fernsehbericht hatte es der Frau nach Jahrzehnten der Ungewissheit ermöglicht, Hohenschönhausen als ihren einstigen Haftort zu erkennen. Bis dahin wusste sie nicht, wo sie einst gefangen gehalten worden war. Jene Zelle 98 jedoch, so die Auskunft der neuen Gefängnisleitung, sei „nach den umfangreichen Baumaßnahmen in den letzten Jahren“ nicht mehr aufzufinden.⁵¹ Mit dieser vagen Information deutete sich bereits an, welche ungeheure Aufgabe die Rekonstruktion all dessen werden sollte, was an diesem Ort geschehen war. Unter den Bedingungen eines weiter betriebenen Gefängnisses war es jedoch schlicht nicht vorstellbar, dass die Zeugnisse der Vergangenheit sachgerecht bewahrt und weiter gefunden werden könnten. Aber, dachte irgend jemand zu diesem Zeitpunkt daran? Konnte ein Gefängnisbetrieb Anlaufstelle für die Aufarbeitung von Leid und Unrecht sein?

Haft ohne Haftung

Am 28. August 1990 beriet Bundesfinanzminister Theo Waigel in Bonn mit den Finanzministern der Länder über Finanzfragen des Einigungsvertrages. Punkt 1 beinhaltete die Kosten der Einheit. Das Bundesministerium konnte sie nicht beziffern. In Hohenschönhausen sah sich das Wachpersonal veranlasst, die Freistunde am späten Nachmittag abzubrechen. Männliche Inhaftierte hatten ständig versucht, Kontakt zu den weiblichen Strafgefangenen aufzunehmen. Alle Ermahnungen, so vermeldet es das Dienstbuch, blieben zwecklos. Wie anders war es plötzlich in diesem Gefängnis? Unmittelbarer Kontakt zwischen Untersuchungshäftlingen und Strafgefangenen? Neckereien, Kichern, Lachen? Was passierte mit diesem schmerzbeladenen Ort? Gemessen am Vorangegangenen erscheint es geradezu unreal, wie schnell sich hier ein gewöhnlicher Knastalltag etablierte.

Demonstrationen in Sachen Geschichte kümmerten die einsitzenden Häftlinge dabei herzlich wenig. Ihnen ging es um ganz aktuelle Interessen. Angeregt von Berichten aus

51 BA DO 1/3726.

dem Fernsehen, ahmten sie plakative Protestaktionen nach, die aus anderen Haftanstalten bekannt wurden. Ein erstes Transparent flatterte am 22. April 1990 an der Ostseite der Untersuchungshaftanstalt. Zwei Verhaftete, Jahrgang 1955 und 1958, hatten nachts ein selbst beschriftetes Bettlaken aus dem Fenster ihres Verwahrraumes gehängt: „*Wir fordern eine allgem.-umfassende Amnestie und sofortige Aktenüberprüfung*“.

Allein die Wachmannschaft bemerkte den Protest. Andere Gefangene folgten dem Beispiel und machten ebenfalls Transparente aus ihren Bettlaken. Noch am 22. September 1990 forderten einige auf diese Weise: „*Amnestie für alle dafür SED-Stasi-Schweine Verbrecher rein*“.⁵²

Die Öffentlichkeit, an die das gerichtet sein sollte, nahm nach den ausführlichen Berichten über die Gefangenenrevolten in den großen Haftanstalten so etwas nicht mehr zur Kenntnis, und für Passanten blieben solche Demonstrationen aufgrund der Lage des Gefängnistraktes unsichtbar. Einzige Chronisten des Protestes blieben die Wachmannschaften. In Hohenschönhausen dachte niemand aus diesen Reihen daran, ernsthaft dagegen einzuschreiten, obwohl die Machtmittel dazu nach wie vor vorhanden waren.

Ein Tätigkeitsbuch vermerkt Ende September 1990 unter „*Bewaffnung und Geräte*“ „25 Schlagstöcke kurz, dreigliedrig, davon 5 Reserve,

5 Schlagstöcke lang, davon 5 Reserve,

8 Führungsketten, Reserve davon 5,

5 Handfesseln, 5 davon Reserve,

2 Fußfessel, als Reserve,

1 Zwangsjacke/12x Notlichtlampen,

4 Atemschutzgeräte und -masken plus zwei mal Rettungszubehör“.⁵³

„Reserve“ war hier wohl auch als selbst auferlegte Zurückhaltung zu verstehen. Das Arsenal der Gewaltutensilien war allenfalls noch als Staffage zu betrachten. Überhaupt ließ das Wachpersonal deutlich Motivation und Disziplin vermissen. Schon Ende Mai musste Anstaltsleiter Gebhard dem Schlendrian mit der Drohung begegnen, alle Radios, die sich verbotenerweise auf den Wachtürmen befanden, ebenso wie andere private Sachen einziehen zu lassen. Auch Bücher und Zeitungen wurden streng untersagt. Der Gefängnischef ertappte gar einen Wachsoldaten während der Dienstzeit auf seinem Posten schlummernd und entwendete vollkommen unbemerkt dessen geladene Maschinenpistole. Wie öde mag den Wachsoldaten ihr Dienst in dem träge vor sich hin dümpelnden Tagesablauf der UHA vorgekommen sein, wo sich doch drumherum die Ereignisse nur so überstürzten?

Während das Leben draußen vorbeizog, schien es so, als müsste das Gebäude vor dem Ende seiner Bestimmung mit Hilfe seiner aufmüpfigen Insassen ein nicht gelebtes Leben nachholen.

Einige von ihnen wollten ihr Schicksal selbst in die Hände nehmen und entschieden sich am Abend des 21. September 1990, einem Freitag, zur Flucht. Wie nicht anders zu erwarten, bemerkten die Wachen nichts davon. Stattdessen meldete sich eine besorgte Mutter kurz vor Mitternacht per Notruf bei der Volkspolizei, nachdem ihr straffälliger

52 LAB C Rep. 327 Nr. 2.

53 LAB C Rep. 327 Nr. 3.

Sohn urplötzlich bei ihr aufgekreuzt war. Den missratenen Sprössling hatte sie eigentlich in sicherer Verwahrung vermutet. Irgendetwas, so mochte die Frau geahnt haben, stimmte mit der gewohnten Ordnung so gar nicht mehr überein.⁵⁴

Das vollkommen ahnungslose Wachpersonal in Hohenschönhausen wurde von den Kollegen der Volkspolizei im Stadtbezirk Mitte über den Anruf der Frau in Kenntnis gesetzt. Aufgeregtes Nachzählen zu mitternächtlicher Stunde führte zur Einsicht, dass eine „Entweichung“ vorlag. Es fehlten aus einem Fernsehraum der Häftling K., damals 20 Jahre alt und in U-Haft wegen des Verdachts auf Unterschlagung, Missbrauch der Datenverarbeitung, Untreue, Missbrauchs von Scheck- und Kreditkarten sowie der Verletzung der Buchführungspflicht, der 1956 geborene S., inhaftiert wegen § 115 (vorsätzliche Körperverletzung) und, als jüngster von den Dreien, der Häftling R., der wenige Tage zuvor in Hohenschönhausen seinen neunzehnten Geburtstag erlebt hatte. R. saß wegen Diebstahls in Haft. Jeder der Flüchtigen war bereits ein Mal vorbestraft.

Die drei Spitzbuben hatten sich, nachdem sie im Fernsehraum allein waren, spontan zum Türmen entschlossen und mussten dazu nur ein Vorhängeschloss knacken. So gelangten sie in das benachbarte Gebäude des Zentralen Kriminalamtes, überwandene eine Mauer und brachen vom Gelände des ehemaligen MfS-KfZ-Dienstes – nunmehr Car-Service Berlin GmbH – zu einem kurzen Abstecher in die Freiheit auf.

Noch vor der endgültigen Schließung des Gefängnisses waren alle drei Ausbrecher wieder zurück. Eingedenk des Aufwands, den das MfS jahrzehntelang betrieben hatte, um solch ein „Vorkommnis“ allerersten Ranges zu verhindern, war diese Flucht ein kleiner, wenn auch verspäteter Triumph über diese, schreckliche Realität gewordene Allmachtsfantasie. Ein Ausbruch aus Hohenschönhausen? Undenkbar! Von hier sollte niemand wegkommen, selbst wenn er in verzweifelter, letzter Konsequenz den Selbstmord versuchte. Was ist das für ein Gefängnis, das seine Insassen nicht festhalten kann? Sicher, den MfS-Wächtern wäre eine solche Schlappe nicht passiert. Und genau hierin liegt die Botschaft dieser Ausbruchsgeschichte: Ohne tschekistisches Wachpersonal, ohne ein Sperrgebiet drumherum, ohne MfS, SED und „sozialistische“ DDR war das hier nicht mehr das intakte Hochsicherheitsgefängnis und nicht mehr eine der wichtigsten Stützen eines diktatorischen Systems. Rückte diese Flucht letztlich etwas zurecht, in einen Rahmen, der als vertretbar betrachtet werden könnte? Denn: Was ist ein Gefängnis ohne eine gelungene Flucht?

Auch wenn die Betriebsamkeit und die Begebenheiten des Jahres 1990 das vielleicht mitunter vergessen ließen, Hohenschönhausen wurde nicht wirklich ein normales Gefängnis. Es hatte seinen Schrecken verloren, weil der alte Geist es nicht mehr bewohnte. Und doch blieb es ein Ort des Schreckens, wenngleich er als solcher noch nicht im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung lag. Es gibt Stätten, die lassen sich nicht einfach weiter nutzen, auch wenn sie rein funktional nützlich sind und ihr weiterer Betrieb pragmatisch sinnvoll wäre. Dafür sind sie zu kontaminiert. Doch allein schon der Umfang der Bestrebungen des MdI-Personals, den Haftort Hohenschönhausen für eine Übernahme in das westliche Justizsystem zu präparieren, spricht gegen die Annahme, dass für diese Problematik eine ausreichende Sensibilität vorhanden war.

Wenige Tage nach der gelungenen Flucht stand dem Gefängnis auch noch eine Meuterei ins Haus. Nach dem Freigang am 25. September 1990 probten neun Verhaftete und Strafgefangene den Aufstand und wollten partout nicht in ihre Verwahrräume zurück-

54 Bericht zur Sofortmeldung – Entweichung von Verhafteten – vom 22.09.1990. LAB C Rep. 327 Nr. 14 und C Rep. 330 Nr. 378.

kehren. Stattdessen forderten sie eine Generalamnestie, wollten nicht in Strafvollzugseinrichtungen nach West-Berlin verlegt werden und bestanden darauf, einen Vertreter vom Rechtsausschuss der Volkskammer zu sprechen.

Der amtierende Leiter der UHA, Richter, appellierte vergeblich an die Protestierenden, sich das zu überlegen. Erst dem Leiter der Strafvollzugseinrichtungen gelang es in Begleitung des Stellvertretenden Abteilungsleiters der West-Berliner Justizvollzugsbehörden, Herrn Krebs, die Häftlinge zur Rückkehr in ihre Räume zu bewegen. Bereits vier Tage zuvor, am 21. September, hatten auch die weiblichen Strafgefangenen zwei Transparente aus dem Fenster gehängt mit den Aufschriften: „*Wir fordern eine Generalamnestie*“ und, sprachlich deutlich gewandter als die Männer: „*WB ist für uns passé, wir wollen nicht nach Plötzensee.*“

Jene diffuse Angst vieler Ostdeutscher vor den Unwägbarkeiten der bevorstehenden Vereinigung fand somit auch in Hohenschönhausen ihren Ausdruck.⁵⁵ Abertausende hegten Befürchtungen vor einer Einverleibung durch die Bundesrepublik, und ganz passend dazu hatten die letzten Inhaftierten in Hohenschönhausen Furcht vor dem unbekanntem West-Knast.

In der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1990 stand in Hohenschönhausen die zweite und letzte Meuterei ins Haus. Die Stimmung war ohnehin gereizt, da für die Gefangenen der Umzug in den Westen unmittelbar bevorstand. Beinahe paradigmatisch für die Existenz der DDR war der Anlass für den Aufstand. Es gab Schwierigkeiten mit dem Plan, genauer mit dem Fernsehplan. Weil es im allgemeinen Auflösungschaos für dessen Festlegung keine formelle Bestätigung gegeben hatte, wurden die Verhafteten vom dienstbeflissenen Wachpersonal auch nicht in die Fernsehräume geschlossen. Daraufhin warfen die erbosten Häftlinge aus den drei Zellentrakten Papier, Getränke-Dosen und einen brennenden Lappen in das Freihof-Gelände.

Wer rebellierte da eigentlich? Unter den Häftlingen des Jahres 1990 waren viele 1960er Geburtsjahre. Saß hier eine Jugend, die es vorgezogen hatte, kriminell zu werden, anstatt „Kampfeserve der Partei“? Zu den aktenkundigen Delikten zählten Raub, Steuerbetrug, Diebstahl sozialistischen Eigentums, vorsätzliche Körperverletzung, schwere Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge, verbrecherischer Diebstahl und Betrug, Herbeiführung eines schweren Verkehrsunfalls, Verkehrsgefährdung durch Trunkenheit, verbrecherischer Diebstahl und Wiederholungstaten. So bedrückend diese Auflistung auch ist, es waren keine politischen Straftatbestände mehr darunter.

Nicht erst im Vorfeld der Schließung, aber nunmehr gehäuft, gab es Hafturlaube. Im Gegensatz zum Zuchthaus Rummelsburg⁵⁶, wo einige Insassen bei dieser Gelegenheit über die offene Grenze flüchteten, kehrten die Urlauber aus Hohenschönhausen wieder pünktlich in das Gefängnis zurück. Vertrauen gegen Vertrauen. Selbst Tischler Henning durfte vor der Wiedervereinigung für eine Woche in den Urlaub, um den unausweichlich kommenden Westen zu beschnuppern. Unbeeindruckt davon kehrte er in seine kleine, gewohnte Gefängniswelt zurück und wartete auf ihren Untergang. Wie er in seinem späteren Interview vermittelt, hat ihn dieser ausgedehnte Freigang sehr beeindruckt. In der Regel hätte ein verurteilter Mörder damals eine solche Geste nicht bereits nach zwölf Jahren erwarten können.

Am 1. Oktober 1990 wurde um 9 Uhr eine Strafgefangene entlassen. Von 16 bis 17 Uhr erfolgte die Auflösung der HO-Verkaufsstelle. Tagsüber, am 2. Oktober, wurden ab halb zehn Uhr morgens Häftlinge aus Hohenschönhausen in andere Strafvollzugsanstalten

⁵⁵ Proteste gegen die angekündigte Verlegung in den Westteil der Stadt gab es am gleichen Tag auch im Untersuchungsgefängnis Magdalenenstraße, LAB C Rep. 330 Nr. 377.

⁵⁶ Ebenda.

verlegt, nach Luckau, Chemnitz, Hohenleuben, Halle, Prenzlau und Neubrandenburg. Um 14:30 Uhr verließ eine Strafgefangene den Komplex und trat ihren Hafturlaub an. Hafturlaub bekam ab 17 Uhr auch ein männlicher Gefangener. Kurz nach 10 Uhr an diesem 2. Oktober hat es die letzte Entlassung gegeben – ein Mann des Jahrgangs 1956. Wohin führte ihn sein Weg an seinem ersten Tag in Freiheit und am letzten Tag der DDR? Wie fühlt es sich an, dass das Land, in dem er eingesperrt wurde, verschwindet, wenn sich das Gefängnis öffnet?

Am Abend dieses letzten Tags der DDR befanden sich noch 26 Straf- und Untersuchungsgefangene in Hohenschönhausen. Die Welt schaute woanders hin: auf den Platz vor dem Brandenburger Tor, wo im Einheitsjubiläum Sektkorken knallten und Böller krachten. Unweit davon wurden in der Charité die letzten „DDR-Bürger“ in eine untergehende DDR-Welt geboren. Sie würden alles, was sich mit diesen drei Buchstaben verbindet, nur aus zweiter Hand kennen lernen. Gar nicht so weit ab davon, doch vollkommen unbeachtet, zählte der diensthabende Strafvollzugssekretär in Hohenschönhausen den Bestand der gut zwei Dutzend Häftlinge durch und gab die Verantwortung für die nächste Schicht an seinen Kollegen weiter. Es sollte ein vollkommen ereignisloser Nachtdienst werden.

Selbst am ersten Tag des wiedervereinigten Deutschlands geschah im Gefängnis Hohenschönhausen – nichts. Niemand kam und niemand verließ das Gelände. Dieser merkwürdige Moment der Stille war so, als hielte das Gebäude für die Dauer von 24 Stunden trotzig an seiner Vergangenheit fest, die aus nichts anderem als so vielen Tagen des Festhaltens bestanden hatte. Einen ganzen Tag, eine Nacht und einen kurzen Morgen lebte die Untersuchungshaftanstalt als ein rundum funktionierendes Gefängnis, mit Bewachern und Bewachten, im vereinten, demokratischen Deutschland weiter.

Das war eine Botschaft, die in diesen Tagen niemand wahrnahm. Heute ist zumindest den meisten von uns klar, dass uns das Erbe, das sich damals mit diesem einen, langen Tag des Verharrens ankündigte, länger beschäftigen wird, als alle zurückliegenden Gefängnistage zusammen.

Am Morgen des 4. Oktober 1990 wurden die verbliebenen 26 Straf- und Untersuchungsgefangenen, unter ihnen Harry Tisch und Erich Mielke, in die Justizvollzugsanstalt Moabit (achtzehn Gefangene) und die JVA Plötzensee (acht Gefangene) verlegt. Mielke kam zunächst nach Moabit. Dort begegnete er zwangsläufig Erich Honecker. Zu sagen hatten sich die beiden einstigen „Kampfgenossen“ nichts mehr.⁵⁷ Bereits am 26. Oktober 1990 wurde Mielke in das Haftkrankenhaus Plötzensee verlegt. Davor war am 19. Oktober der mittlerweile dritte Haftbefehl gegen ihn ergangen. Die vielfältigen Bemühungen seiner Anwälte, ihrem Mandanten eine weitere Haft zu ersparen, blieben erfolglos, da die Berliner Justiz entsprechende medizinische Gutachten vorweisen konnte.⁵⁸

Aus heutiger Sicht war die Geschichte des Gefängnisses Hohenschönhausen als Haftort an diesem 4. Oktober 1990 zu Ende. Denn, was ist ein Gefängnis ohne Häftlinge? Damals war jedoch alles andere als klar, dass es hier keine Inhaftierten mehr geben würde. Ein Teil der zentralen Gefängnisverwaltung blieb vor Ort und zunächst tagten hier Ende 1990 auf Einladung des Bundesministeriums des Innern, Außenstelle Berlin/Sachgebiet Strafvollzug, alle Justizressortleiter der neuen Bundesländer zur Übergabe des Strafvollzuges aus dem Innen- an das Justizressort. Eingeladen war auch der Leiter der

57 Schwan: Mielke, S. 40.

58 Ebd., S. 41.

Abteilung V der Senatsverwaltung für Justiz, Christoph Flügge, der im Frühsommer 1990 zum ersten Mal Hohenschönhausen besucht und tief bewegt wieder verlassen hatte.⁵⁹

Mitte Februar 1991 wurde erneut in Hohenschönhausen getagt. Vertreter des Bundesinnenministeriums, der Landesjustizverwaltungen der fünf neuen Länder und der Senatsverwaltung für Justiz des Landes Berlin berieten unter anderem über die Nutzung der in Hohenschönhausen lagernden Zentralkartei des DDR-Strafvollzugs für den Nachweis von Gewahrsamszeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Häftlingshilfegesetzes.⁶⁰

Zu dieser Zeit hatte die Senatsverwaltung für Justiz ernsthafte Pläne zum Erhalt und Umbau des Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen in eine Nebenanstalt des offenen Strafvollzugs mit ca. 200 Plätzen. Dafür waren Ausgaben von 3,2 Millionen Mark veranschlagt. Die 200 Plätze waren unwesentlich mehr als die vor der Wiedervereinigung von den DDR-Strafvollzugsbediensteten benannten Zielvorgaben. Noch 1991 sollten Tätigkeiten für den 1. Bauabschnitt mit 156 Plätzen beginnen.⁶¹

Ab Mai 1991 stand das Gefängnis leer und diente nur noch als Aufbewahrungsort für die Zentralkartei des DDR-Strafvollzugs, die 835 291 Karteikarten mit Angaben über nahezu alle Inhaftierten aus den Jahren 1950 bis 1990 umfasst.⁶² Für die Umgestaltung in eine moderne Freigängerhaftanstalt wurde jetzt mit 2,5 Millionen Mark eine geringere Summe veranschlagt.⁶³ Über die Gründe, warum die Baumaßnahmen nicht begannen, ist nichts Näheres bekannt. In dieser Zeit trat, erstmals wieder seit den glücklosen Bemühungen in der Phase 1989/90, der Stadtbezirk auf den Plan. Hohenschönhausens Bezirksverordnetenversammlung verabschiedete am 12. Juni 1991 eine Empfehlung an den Berliner Senat, die Untersuchungshaftanstalt zu schließen. Kurze Zeit später wurden die Umbaupläne ad acta gelegt und im Juli 1991 vom Senat die endgültige Schließung der Untersuchungshaftanstalt verfügt.⁶⁴

Glasziegel-Revolte

Hohenschönhausen war ein politisches Gefängnis. Mit dem Zerfall der Politik, die es erschaffen hatte, wurde es zur leeren Hülle. Das zum Erhalt einer Ideologie bewachte, geschützte, gepflegte, kontrollierte, sorgsam gewartete und kostspielig unterhaltene Gebäude stand nun als mäßig geeigneter Funktionsbau da. Sein weiteres Bestehen schien plötzlich ganz allein von pragmatischen Erwägungen abhängig. Und seine Vergangenheit schien dabei keine allzu große Rolle zu spielen.

In den letzten Monaten seiner Existenz als Haftanstalt erlebte der Bau bislang Unvorstellbares, fast Anarchisches. Immer wieder und mit einer bemerkenswerten Hartnäckigkeit zerstörten Häftlinge die Glasbausteine, die in den Zellen die Fenster ersetzten und Tageslicht gebrochen zwar hineinließen aber keinerlei Blick hinaus ermöglichten. Meister der Quälerei bedienen sich oft ganz simpler Materialien. So wurden diese Glasbau-

59 Einladung vom 20. Oktober 1990, ASJ, Bestand 4400-V/2, Bd. 7.

60 Schreiben aus dem Bundesministerium des Innern vom 27. Februar 1991, ASJ, Bestand 4400-V/2, Bd. 9.

61 Schreiben der Justizverwaltung Berlin vom 20. Februar 1991, ebd.

62 Noch im gleichen Jahr wurde die Kartei in das Bundesarchiv überführt. Kerstin Risse: Die Bearbeitung von Anfragen zu Haftzeiten in der DDR mit Hilfe der Anwendung Perseus – ein Erfahrungsbericht, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, Heft 1/2012, S. 84 ff.

63 Ein Ort des DDR-Schreckens wird rechtsstaatlich modernisiert. Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen: Freigängeranstalt und Gedenkstätte, in: Der Tagesspiegel vom 14. Mai 1991.

64 Denkmalpflegerische Dokumentation ehemalige Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Planungsbüro Burckhardt Fischer, Berlin 1999, S. 28.

steine zu einem der bedrückenden Details, die sich tief in die Erinnerungen der Inhaftierten eingegraben haben. Jürgen Fuchs hat seine Empfindungen über diese bauliche Perfidität zu Papier gebracht:

„Wo ist das Fenster/wo ist denn das Fenster/das ist doch kein Fenster/zwei Reihen Glasziegel, dazwischen ein Spalt/und atmen, wie soll ich denn atmen/das könnt ihr doch nicht machen/doch, das können sie machen/das machen sie/und nicht nur mit dir/denk bloß nicht, nur mit dir/und denk bloß nicht, nur hier.“⁶⁵

Angespornt vom Drang des ganzen Landes nach Freiheit oder auch nur aus im Knastalltag destruktiv fehlgeleiteter Langeweile, verschafften sich die Inhaftierten der Zeitrechnung nach der Stasi selbst ihre kleinen Freiheiten – Luft zum Atmen und einen Blick aus den wenigen Quadratzentimetern Fläche, die sich schon nach dem Herausstoßen von ein paar dieser Glasziegel ergaben. Es waren kleine Nadelstiche, nur Kratzer und Abplatzer an einer bis vor kurzem unantastbaren Struktur. Nie wären unter der Herrschaft des MfS in diesem Gefängnis solche mutwilligen, trotzig Zerstörungen sanktionslos geduldet worden. Gerade im Wissen um diesen gehäuften Tabubruch lösen die Berichte von solchen Störungen der Ordnung heute eine gewisse Schadenfreude aus.

Ohne den Geist der Stasi ist ihr Knast nur noch ein Bau- aber kein Bollwerk mehr. Die ehemalige Festung hatte weiche Stellen bekommen. Ihre weicheste war das verunsicherte Personal aus dem Reservoir bewährter, treuer Staatsbediensteter. Daher geschah den ertappten Häftlingen nichts. Statt Strafen gab es nur ein paar matte Ermahnungen. Die Staatsmacht gab sich lahm, zahm und zahnlos. Es reichte nicht einmal mehr zur Drohgebärde:

„Die Verh.[hafteten] der Station VI wurden belehrt, keine weiteren Glasbausteine aus den Fenstern zu entfernen.“

Das klingt nicht nur nach einer schlappen Reaktion. Die Konsequenz der sogenannten „Wende“ im Staatsapparat war, dass es keine Konsequenzen mehr gab. In der gesamten DDR büßte die Institution Gefängnis ihre Rolle als staatliches Instrument der Disziplinierung ein. So lag der einst furchterregende Stasi-Knast jetzt fast schutzlos da, den Launen der Gefangenen und der Duldsamkeit verunsicherter Volkspolizisten ausgesetzt. Wenn sie sich nicht in emsigem Anpassungs-Aktionismus übten und durch ihre Baumaßnahmen historische Spuren zerstörten, harrten sie ebenso wie die Häftlinge einer ungewissen Zukunft entgegen und ahnten nicht, dass die vielen kleinen, tätlichen Angriffe nur ein Vorgriff auf den moralisch-geistigen Zugriff waren, der dieses Gefängnis bald komplett in Haftung nehmen würde. Das würde der allumfassende, schonungslose und notwendig schmerzvolle Zugriff des Erinnerens, des Nicht-Vergessen-Wollens, des Nicht-Vergessen-Könnens und des Nicht-Vergessen-Dürfens sein. Dieses Auf- und Begreifen sollte dem Gebäudekomplex keine Wand zertrümmern, keinen Stacheldraht zerreißen und kein Zellengitter trennen. Ganz im Gegenteil. Es würde ihn und die Unzahl der Erinnerungen, die sich mit ihm verbinden, akribisch und sehr behutsam zu Tage fördern und bewahren. Und mehr noch: Indem sich dieses Erinnern mit dem Geist auseinandersetzt, der diesen Ort so erschaffen hat, wie er war, wird es hier dann doch keinen Stein mehr auf dem anderen lassen.

65 Jürgen Fuchs: Vernehmungsprotokolle. November '76 bis September '77, Berlin 2009, S. 18.